

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag, Freitag Abonnementpreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg. vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inkruste der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Druckstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3200

Nr. 82.

Danzig, den 8. Oktober 1913.

4. Jahrgang.

Ein verbrauchter Blender.

„zu den „bewährten“ Grundsätzen unserer „bewährten“ Wirtschaftspolitik, die von den Blättern der agrarischen Mehrheit gedankenlos nachgebettet zu werden pflegen, gehört auch der, daß Politik und Wirtschaft nichts mit einander zu tun hätten.“ — Ein richtiger Satz in ganz vernünftiger Sache. Daß die Politik im allerengsten Zusammenhang mit der Wirtschaft eines Volkes steht, daß sie in gewissem Sinne nichts anderes sein darf als sozusagen angewandte Wirtschaftslehre, das wird von der Sozialdemokratie verkündet, solange es eine Sozialdemokratie gibt. Und hat ihr Spott und Hohn und Haß und Verfolgung eingetragen von allen bürgerlichen Parteien, insbesondere aber von den Liberalen. Wer länger als zehn Jahre im politischen Leben steht, wird sich noch der Wort erinnern, mit der zum Beispiel Eugen Richter die Vermengung von Wirtschaft und Politik tadelt. Daß die Arbeiter nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage streben, das sei ihnen nicht zu verübeln; aber das sei eine rein wirtschaftliche Angelegenheit, die habe mit Politik nichts zu tun und dürfe unter keinen Umständen mit politischen Fragen vermischt werden; eine Arbeiterpartei, um die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter zu vertreten, sei nicht nötig; im Gegenteil, es sei der verhängnisvollste Fehler gewesen, die Arbeiter dem Liberalismus abspenstig zu machen und dadurch die politische Opposition gegen Regierung und Konserve zu zerpfücken und zu schwächen. Das ungefähr war die Tonart, in der Jahrzehnte lang die Liberalen den Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt haben.

Und jetzt ist mit einem Mal die Erleuchtung über sie gekommen! Denn den obigen Satz, der die Zusammengehörigkeit von Wirtschaft und Politik predigt, hat das Organ des „entschiedensten“ Liberalismus ausgesprochen, nämlich das Berliner Tageblatt am 24. September, abends. Ja, es geht noch viel weiter; nicht nur „gedankenlos“ nennt es die Ansicht, die der Liberalismus Jahrzehnte lang verkörpert hat, sondern es sucht an einem Beispiel zu zeigen, wie handgreiflich falsch sie ist. Im November 1887 habe man die russischen Wertpapiere von den deutschen Börsen verbannt; das mag wirtschaftlich eine Notwendigkeit gewesen sein. Aber te habe die politische Lage in Europa von Grund auf verändert; die Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland habe dadurch ein Loch bekommen, Rußland habe seine Pumps von da ab in Frankreich aufschmeißen müssen, und dadurch sei dann später die französisch-russische Allianz zu Stande gekommen.

Wir brauchen unsern Lesern nicht erst zu sagen, daß die letzte Art, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik anzufassen, ungläublich nach und oberflächlich ist. So einfach sind die Zusammenhänge denn doch nicht, wir haben vielmehr allen Anlaß anzunehmen, daß die Verschiebung der europäischen Lage von anderen, mehr oder weniger Faktoren herbeigeführt ist. Aber darauf kommt es uns nicht an. Wir wollten bloß zeigen, mit welchem Eifer sich das letzte Berliner Tageblatt an die Verherrlichung der neuen, von ihm erst kürzlich angenommenen Lehre macht. Der wahre Eifer des sozialdemokratischen und der politischen Beziehungen zweier Nachbarstaaten getrennte Wege wandeln könnten, als „verbrauchter Blender“ zu bezeichnen, den man zum alten Eisen werfen müsse.

Nun ist bekanntlich mehr Freude über einen reinen Sündenbock über 99 Gerechte. Trotz des Hebereifers, den das Berliner Tageblatt entwickelt, möchten wir uns also seiner Befehung freuen. Möchten wir nur wünschen, daß es auch den Widerspruch gegen die ungeliebten Lehren des Sozialismus recht bald zum alten Eisen werfen würde. Jedoch — es ist ein kleines Aber dabei.

Der Artikel nämlich, in dem so energisch der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik betont wird, beginnt mit folgenden Sätzen:

„Der Reichstag hat für Fragen rein politischer Natur eine Mehrheit der Linken, die von der blauschwarzen Minderheit erst gelugnet und dann verspottet wurde, sich bei jeder Krastprobe aber als danach bewährt. Der Reichstag hat aber auch für die wirtschaftlichen Fragen eine agrarische Mehrheit, bestehend aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen, die auf „unsere bewährte Wirtschaftspolitik“ schwört. Diese Mehrheit wird ihre Krastprobe ist zu bestehen haben, wenn es sich darum handelt, für die Erneuerung der Handelsverträge die Basis zu schaffen.“

Ja, wie denn das? Hier wird ja doch wieder der Unterschied gemacht, zwischen Fragen rein politischer Natur und „wirtschaftlichen Fragen“. Soeben haben wir aber doch gehört, daß man so nicht unterscheiden darf, daß vielmehr beide aufs engste zusammenhängen, und daß die Idee, als könnten die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen getrennte Wege wandeln, ein verbrauchter Blender sei, der ins alte Eisen gehört.

Natürlich haben unsere Leser schon gemerkt, wie sich das Berliner Tageblatt aus der Klemme hilft, um den „verbrauchten Blender“ dennoch zu retten. Es läßt den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik gelten, aber nicht für die innere. Das ist natürlich Hofuspottus. Im Gegenteil liegt der Zusammenhang in der inneren Politik noch klarer auf der Hand. Für eine „rein politische“ Frage wird das Berliner Tageblatt zum Beispiel die letzte Militärvorlage ansehen. Aber hing sie nicht aufs innigste zusammen mit den neuen Steuern? Und sind die nun „rein politisch“ oder „wirtschaftlich“? Man braucht wirklich nicht allzuweit zu suchen, um sich zu überzeugen, daß die Unterscheidung schlechterdings nicht zu machen ist, in der inneren Politik so wenig wie in der auswärtigen. Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zweier Klassen können ebenso wenig getrennte Wege wandeln, wie die zweier Staaten. Die eine Annahme ist ein ebenso verbrauchter Blender wie die andere.

Es hat aber keine guten Gründe, daß das Berliner Tageblatt diesen Blender für die innere Politik nicht mißsen möchte. Wer sich nämlich davon überzeugt hat, daß wirtschaftliche und politische Fragen sich nicht von einander trennen lassen, der kann nicht mehr an das Märchen von der „Mehrheit der Linken“ glauben. Wenn der Reichstag für wirtschaftliche Fragen eine reaktionäre Mehrheit

hat, dann hat er sie natürlich auch für politische Fragen, und die jüngste Vergangenheit hat das ja auch deutlich genug gezeigt. Wo war denn die „Mehrheit der Linken“, als es die Ablehnung der Militärvorlage galt? Da stand die Sozialdemokratie ganz allein, und selbst der „entschiedenste“ Liberalismus hatte sich auf die Seite der Reaktion geschlagen. Und wie würde bei den Handelsverträgen sein? — Warten wir's ab und denken wir inzwischen daran, daß 1902 die Annahme des ungeheuerlichen Zolltarifs durch das Verhalten des „entschiedensten“ Liberalismus sehr erleichtert worden ist. Auch die künftigen Kämpfe um die neuen Handelsverträge werden keine Kämpfe um die „Weltanschauung“ sein, sondern ganz einfach ein Gefecht der verschiedenen Kapitalistengruppen um die Beute. Und um sie in der Gruppe hierbei die Gefolgschaft der Sozialdemokratie zu sichern, bildet das Berliner Tageblatt so sorgfältig den „verbrauchten Blender“ von dem Unterschied zwischen wirtschaftlichen und politischen Fragen.

Genossin Zieg gegen die Fälschungen des Westpreußischen Volksblatts und seines Schümmer.

Das Paradieslied der zentristischen Lügenhege gegen die Sozialdemokratie und für den Sozialen Ausschuss zur Krankenkassenwahl war eine für uns selbst nach allen bisherigen Erfahrungen mit den hiesigen Jesuiten überraschende Fälschung. Wir hatten der Wahrheit entsprechend festgestellt, daß die Schwarzen das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten in den Krankenkassen zerstört und besonders die Frauen rechtlich schwer mißhandelt haben. Diese Vorwürfe konnte auch die schamloseste Münchener Stadtbauer Jugend nicht in gewohnter Art fortzuschwindeln. Die Berichte der Verhandlungen des Reichstages über die Reichsversicherungsordnung sind dafür unerschütterliche amtliche Beweise. Deshalb stieg das Westpreußische Volksblatt und mit ihm der oberste schwarze Moralathlet Schümmer zu unserer vernichtendsten Widerlegung in die tiefsten Abgründe zentristischer Wahrschamigkeit. Am 23. September verkündete das Jesuitenblatt seinen Gläubigen, daß unsere Beschuldigungen durch ein von der Genossin Zieg herausgegebenes Flugblatt widerlegt würden. Das Blatt behauptete dreist, wir seien durch dieses Flugblatt auf den Sand gesetzt. Die Skrupellosigkeit des Kinnmurdblattes ging sogar so weit, daß es der Genossin Zieg öffentlich dafür dankte, daß sie „den schimpfernden Heiden der Volksmacht kräftig auf den Mund geklopft hat.“ Am 24. September, Nummer 222, schlachtete das schwarze Blatt das Flugblatt sogar zu einem Leitartikel mit der fetten Überschrift: Genossin Zieg gegen das Danziger Sozialschlacht. Darin wurde die fälschende Infamie so weit getrieben, daß wir durch aus dem Zusammenhang gerissene Bruchstücke des Flugblattes, die sich in keiner Weise mit unseren Angriffen gegen die schwarzen Arbeitervertreter beschäftigten, widerlegt werden sollten. In dieser ungläublichen Täuschung seiner Leser schrieb das Blatt: „Das sozialdemokratische Danziger Blatt ist von dem sozialdemokratischen Flugblatt der Unwahrscheinlichkeit überführt worden, wie es besser kein Gegner der Sozialdemokratie fertig bringen kann.“ Am 23. September bemalte auch der gelehrigste Jesuitenführer Schümmer in einer im St. Josephshaus abgehaltenen Frauenversammlung das grauam mißhandelte Flugblatt, um, wie sein göttliches Leitblatt berichtete, zu beweisen, daß „die zu Wahlverhöhnungszwecken aufgestellte Behauptung der Volksmacht eine haltlose Verleumdung ist.“

Wir klopfen der schwarzen Fälschersippe bereits durch den Artikel Genossin Zieg in Nummer 79 vom 27. September das Feh. An Deutlichkeit haben wir es darin zur Kennzeichnung der gewissenlosen Urkundenfälschung nicht fehlen lassen. Dem jesuitischen Generalagenten Schümmer sagten wir, daß er, wenn der Bericht seines Blattes zurelle, wider besseres Wissen die Unwahrscheinlichkeit gesagt habe. Bis heute warteten wir jedoch vergeblich auf eine Antwort der Hehler. Das Pfeifenblatt müchelte sogar die bei ihm in letzter Zeit übliche „Feststellung“, daß wir seine Angaben bestätigt hätten. Das genügt eigentlich schon reichlich zur vernichtendsten Kennzeichnung der schwarzen Fälschermoral. Wir haben jedoch, weil dieses Jesuitenstück so ziemlich den Gipfel schwarzer Skrupellosigkeit darstellen dürfte, die Genossin Zieg gebeten, sich auch selbst dazu zu äußern. Wir erhielten darauf folgendes Schreiben:

Berlin SW 68, den 1. Oktober 1913.
Lindenstraße 3

Wetter Genossin!

Heute erhielt ich Kenntnis von der schier ungläublichen Art, wie das Westpreußische Volksblatt und der christliche Agitator Schümmer das von mir verfasste Flugblatt: „Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, wahr! Eure Rechte“ gegen unsere Danziger Partei und gegen unsere Volksmacht auszuspielen versuchten. Ich war sehr viel in Zentrumsgegenden, im Rheinland und in Westfalen, agitatorisch tätig und kenne deshalb die Fälschungs- und Verdrehungskünste der Zentrumschriften aus eigener Erfahrung, jedoch, das in der Nr. 222 des Westpreußischen Volksblatts und von Schümmer geleistete bedeutet den Rekord in dieser „Kunst“. Ich erwächtige Sie ausdrücklich, was ich zu dieser Methode zu sagen habe, zu veröffentlichen.

Wie verfährt das ehrenwerte Blatt? Es druckt „wörtlich“, wie es behoft, aus unserem Flugblatt ab. Aber was druckt es ab? Nicht etwa im Zusammenhang stehende Partien, sondern aus dem Zusammenhang gerissene Sätze, die, losgelöst von dem Ganzen, eine ganz andere Bedeutung erhalten.

Ein Beispiel für viele beweist klar, wie man auf diese Weise prächtig fälschen kann: Nachdem ich eingangs dargelegt habe, daß die gesetzliche Mindestleistung der Arbeiter durch die Schenkung erweitert werden können und daß deshalb die Wahl des Ausschusses, der diese Satzungen festzusetzen

und zu ändern hat, von großer Bedeutung ist, da es von dem sozialen Geist der Ermählten abhängt, ob sie für die Gewährung der zulässigen Mehrleistungen eintreten werden oder nicht, schildere ich diese zulässigen Mehrleistungen, die durch Satzungsänderungen aber erst eingeführt werden müssen. Und sage dann: Wie manchen Kranken kann durch diese letzten Maßnahmen (nämlich Unterbringung in ein Gesehensheim nach Ablauf des Heilverfahrens, Vierung von Hilfsmitteln gegen Verunstaltung und Verkrüppelung) Gesundheit und Lebensfreude wiedergegeben werden. Jawohl, verehrte Westpreußen, das kann es, wenn — ja wenn die Satzung dementsprechend gestaltet wird. Sonst nicht, und um das zu können, müßten, wie ich weiter unten sage, die Listen des Komitees der freier organisierten Arbeiter gewählt werden. Doch das verschweigen Sie. Sie verschweigen auch, daß es im Flugblatt heißt: Um den schweren Gesundheitschädigungen der überbürdeten Arbeiterinnen (die ich vorher eingehend geschildert) entgegenzuwirken, erhebt die organisierte Arbeiterkraft seit langem eine Reihe von Forderungen, vor allem verlangt sie einen Ausbau des Arbeiterinnenschutzes, dessen Grundlage die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden sein müßte. Sie verlangt eine bedeutende Erweiterung der Leistungen der Versicherungsgehegung und eine Reihe kommunaler Einrichtungen (Entbindungsanstalten, Säuglingsheime usw.), die wir mit dem Gesamtanliegen Mutterchaftsforderungen bezeichnen. Ich lasse das Geschriebene im Zusammenhang folgen und fahre dort fort, wo die schwarze Westpreußen wiederum nur aus dem Zusammenhang gerissen zitiert. Alle nicht voreingenommenen Leser werden sofort die grobe Fälschung erkennen:

„Aber just weil wir von der Gesehgebung und der Kommunalverwaltung eine viel weitergehende Fürsorge für Mutter und Kind fordern, gilt es um so mehr, dasjenige an Mutterschutz und -fürsorge gründlich auszunutzen, was durch das geltende Recht uns heute schon zusteht. Das aber können wir, wenn wir unseren Einfluß auf die Verwaltung der Kasse ausnützen; wenn wir Sorge tragen, daß solche männlichen und weiblichen Mitglieder des Ausschusses gewählt werden, von denen zu erwarten ist, sie werden für möglichst Ausdehnung der Kassenleistungen im allgemeinen und für möglichst Ausgestaltung der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge im besonderen eintreten.“

So zu verfahren liegt im Interesse der Versicherten und der Kasse. Den Versicherten wird eine wirksamere Hilfe in den Notlagen des Lebens und die Kassen sparen Geld.

Die Krankenkassenunterstützung, die bisher an unterlebensleidende Frauen gezahlt werden mußte, die durch zu frühe Wiederaufnahme der Arbeit nach der Entbindung oder durch zu lange ausgedehnte Erwerbsarbeit vor derselben ihre Gesundheit einbüßten, wird geringer werden, wenn die Frauen durch rechtzeitig eintreffenden Schutz vor der Erkrankung bewahrt werden. Desgleichen werden die Kassen bei erhöhten Leistungen das Geld sparen, welches sie heute für kranke und schwache Kinder der Mitglieder ausgeben müssen, weil diese Kinder krank wurden, als man ihnen zu früh die Mutterbrust und die Pflege durch die Mutter entriß. Ausbau und Erhöhungen der Leistungen bringen uns also nach allen Richtungen hin nur Vorteile. Einmal, weil sie in Krankheitsfällen uns eine größere Fürsorge gewähren und dann vor allem auch, weil sie vorbreitend wirken, also Krankheiten verhüten.

Sinter den Worten: „Einfluß auf die Verwaltung der Kassen“ bricht das Zitat der „christlichen“ Westpreußen ab, um dann nur noch die zwei Sätze von den Interessen der Versicherten und der Kasse zu bringen, die ihr just in den Kram passen.

Die Westpreußen wußte doch in ihrer Nummer 221, in einer Polemik gegen die Danziger Zeitung, so hübsch zu sagen: „Es gibt zwei Arten, eine Sache anders darzustellen, als sie in Wirklichkeit sich verhält: Man kann verschweigen, was einem nicht in den Kram paßt, oder man kann gewisse Dinge beibringen, welche die Tatsachen verfeinern.“ Beide Arten des raffinierten Fälschens versteht das wackere Zentrumsorgan glänzend.

Zudem sollte selbst ein Zentrumsredakteur wissen, daß ein Flugblatt, das sich an vollkommene Neulinge in irgend einer Sache wendet, alles vermeiden muß, was den Blick ablenken könnte von der Sache, für die sie interessiert werden sollen.

Es war nicht meine Aufgabe, in dem Flugblatt gegen jene Parteien zu polemisieren, die es in der Hand gehabt hätten, bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung als Obligatorium festzusetzen, was jetzt erst teilweise und nach schweren Kämpfen durch Satzung bestimmt werden muß. Hätte ich das wollen, dann wäre ein recht ansehnliches Sündenregister gerade dieses Zentrum dabei herausgekommen. Dann hätte ich zum Beispiel betonen müssen, daß Arm in Arm der Zentrumsabgeordnete Zelt mit dem konservativen Husa gefordert haben, daß überhaupt keine Verpflichtung für die Landkrankenkassenklassen geschaffen werden sollte, eine Wöchnerinnenunterstützung zu zahlen. Sie ist nach schweren Kämpfen der Sozialdemokraten, die die Gleichstellung mit den Ortskrankenkassen forderten, schließlich auf vier Wochen festgesetzt worden. Ich bezog zu den Ortsklassen, die acht Wochen zu zahlen hatten. Ich hätte anfragen müssen, daß auf Wunsch des Zentrums für die Mitglieder der Landkrankenkassen durch Ortskrankenkassenbestimmungen keine Einbuße an Einkommen durch die Sozialversicherungsleistungen mit Hilfe des Zentrums vorenthalten ist. Krankengeld und Wöchnerinnenunterstützung auf des Ortskrankenkassen herabgesetzt werden darf.

Ich hätte anfragen müssen, daß sich das Zentrum gegen das Obligatorium der Hebammenhilfe auf Kosten der Krankenkassen, obgleich im Jahre 1909 allein in Preußen 128 000 Frauen infolge ihrer Armut ohne Hebammenhilfe entbinden mußten, hätte den Vorwurf erheben müssen, daß das Zentrum gegen das Obligatorium des Stillgeldes gesprochen und gestimmt hat, obgleich alljährlich in Deutschland nahezu 400 000 Säuglinge sterben.

es am Nachmittage auf dem Ludwigshofe demnach lauft, wiewohl dieses kein gutes Licht auf das Verhältniß desselben für Pferde, und weshalb konnte nicht der Besitzer selbst die rechtlich verdienten 1400 Mark erhalten?

Herr Rittgutsbesitzer Braemer-Dorischthal stellte auf dem Billkaller Markte ein Pferd, einen schweren, braunen Wallach, vor; der Herr Major bedankte sich, das Pferd nicht brauchen zu können, wies Herrn Braemer aber an Sandelowski & Rachmann. Diese würden das P. d. kaufen, weil sie noch Cleferung für die Maschinengewehrabteilung hätten. Sandelowski & Rachmann waren auch sofort bei der Hand, boten zunächst 800 Mark für das Pferd und kauften es schließlich für die von Herrn Braemer geforderten 1000 Mark. Es drängt sich dem Unbeteiligten hier unwillkürlich die Frage auf, ob die Kommission nicht auch für die Maschinengewehrabteilung die Pferde direkt vom Besitzer antaufen kann, oder mag die Firma Sandelowski & Rachmann allein ein Recht oder Privileg zu deren Ankauf haben?

Ohne die Rechtmäßigkeit des Herrn Majors in Zweifel ziehen zu wollen, ist es allgemein aufgefallen, daß gerade die Firma Sandelowski & Rachmann-Königsberg eine große Anzahl zurückgestellter Pferde zu verhältnismäßig hohen Preisen aufkaufen, offenbar in der Absicht, sie wieder vorzustellen und der Kommission zu verkaufen. Wäre eine dahingehende Ansicht nicht vollkommen unbefugigt, dann wäre man fast versucht, anzunehmen, daß die genannte Firma auf höheren Befehl oder sichere Garantie handele.

Das Zusammenarbeiten des Remontekommissars mit der Pferdehändlerfirma läßt sich zum Teil dadurch erklären, daß die für die Kavallerie untauglichen Pferde für die Maschinengewehrabteilung tauglich waren. Aber warum müssen erst die Pferde durch die Hände der Händler gehen? Der „schwere Rappwallach mit Schutzstern und weißen Fesseln“ war vom Besitzer für 900 Mark zu haben, wurde aber von der Regierung vom Händler für 1400 Mark gekauft! Es scheint jedenfalls in Billkallen recht „gemüthlich“ hergegangen zu sein beim Pferdekauf für das liebe Vaterland. Die Stenerzahler, die die Groschen aufbringen, werden nicht besonders erbaut sein.

Verständnis für „derbe Redensarten“

hat ein Gericht soeben gehabt — allerdings nicht bei Beurteilung der kritischen Arbeit eines sozialdemokratischen Redakteurs, sondern eines Offiziers.

Gegen den Amtsrichter Knittel in Gleiwitz war eine neue Auflage eines Prozesses im Gange. Er sollte den Hauptmann Kammler beleidigt haben, wurde aber in der ersten Instanz freigesprochen. Dadurch galt die argen Behauptungen Knittels als erwiesen. Darauf große Empörung in der reaktionären Presse. Nun hat in der neuen Verhandlung das Gericht ein Schuldig gesprochen. Amtsrichter Knittel wurde wegen Beleidigung einer Reihe höherer Offiziere zu einer Geldstrafe von 2400 Mark und zu den Kosten verurteilt. Der Staatsanwalt hatte folgenden Strafentwurf gestellt: Wegen Beleidigung des Oberstleutnant Bietlinghof, des Generalmajors Windheim und des Generals Czjellenz von der Groeben eine Gefängnisstrafe von je zwei Monaten, im ganzen eine Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis.

Bei der Verhandlung gegen den Amtsrichter Knittel sagte der Staatsanwalt in Gleiwitz über das Vorgehen des Hauptmanns Kammler:

Hauptmann Kammler soll bei Kontrollversammlungen derbe Redensarten gebraucht haben (er hatte, wie der Amtsgerichtsrat Schega eidlisch befandete, Untergebene Hammeel genannt. Red. d. Volkswacht). Aber wir wissen, daß gerade solche kräftigen Redensarten ihren Wert haben. In früheren Zeiten hat man sich nicht geschämt, solche Redensarten selbst von der Kanzel zu gebrauchen. In dem Eimerlein der Dienstzeit ist ein solches derbes Wort oft eine Erfrischung und eine Erfrischung. Wer möchte heute die köstliche Einladung unseres Goethe in Götz missen? (Heiterkeit.)

Wir können freilich nicht billigen, wenn ein militärischer Vorgesetzter seine Leute anfährt, weil sie sich ja nicht verteidigen dürfen. Aber sonst hat der Staatsanwalt ganz recht. Schade, daß man ihn nicht einmal plädierten hören kann, wenn es zum Beispiel gilt, einen Arbeiter abzurteilen, der vielleicht das Verbrechen beging, einen Streikbrecher einen Streikbrecher zu nennen. Im übrigen sollte man diesen Staatsanwalt auch gegen angeklagte sozialdemokratische „Majestätsbeleidiger“ verwenden — denn wir hoffen doch, er würde gegen sie genau so vernünftig reden, wie gegen den Hauptmann.

Einstellung des staatlichen Bergbaues in Sachsen.

Am 30. September wurde in Freiburg in Sachsen der sächsische Landtag in Freiburg in Sachsen geschlossen, nachdem der sächsische Landtag im Jahre 1904 den Plan der Regierung genehmigt hatte, im Laufe von zehn Jahren den Bergbau allmählich einzustellen. Der nunmehr eingestellte staatliche Bergbau in Sachsen ist der kapitalistischen Entwicklung zum Opfer gefallen. Der Uebergang großer Staaten von der Silber- zur Goldwährung war einer der ersten Anlässe des Verfalls. Infolge der Erschließung mächtiger Erzlager in Amerika usw. sowie der Verbesserung des Eisenbahn- und Seeverkehrs wurden auch die Silber- und Bleierz Welthandelsgut, und das größere Angebot übte, da der Bedarf nicht wie die Produktion stieg, einen beständig zunehmenden Preisdruck aus. Der Silberpreis fiel nach der Verstaatlichung der Grube auf die Hälfte des vorherigen Standes, von 140 Mark auf 70 Mark pro Kilogramm. Auf der andern Seite stiegen die Ausgaben für Betriebsmaterialien, Gehälter, Löhne usw. Dazu kam, daß die Erze nicht mehr in so reicher Beschaffenheit vorgefunden wurden, obwohl die Schächte bis 600 und 700 Meter tief niedergebracht waren. Der durchschnittliche Silbergehalt betrug in den letzten Jahren nur noch 0,07 Prozent, während Kanada jetzt Erze mit dem zweihundertfachen Silbergehalt (15 Prozent und mehr) an die staatlichen Hütten liefert. Unter diesen Umständen konnte die Regierung nicht anders, als, dem Drängen im Landtage Rechnung tragend, den Betrieb einzustellen.

Nobel muß die Welt zugrunde gehen! Der konservative Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation wünscht seine „Deen“ auch durch die Kunst zu propagieren. Eine Bundespostkarte soll für ihn werben, die seinen Zweck möglichst andeutet. Da er aber keinen Künstler kennt, der in der Lage ist, das vernichtende Bild zu liefern, so sucht er ihn durch ein Preisauschreiben. Und — nobel muß die Welt zugrunde gehen! — er setzt eine Prämie von fünf und zwanzig Mark für den besten Entwurf, von zwanzig für den zweiten aus und behält sich vor, andere für zehn und fünf Mark anzukaufen. Ein Kommentar würde die Wucht dieser Zahlen nur abschwächen. Das Berliner Tageblatt fragt aber an: Auf was für eine Sorte von Künstlern rechnen die Herren? Nur ein intensiver Frauenhasser kann sich vielleicht durch Liebe zur Sache bereit finden, um diese Preise zu kämpfen. Oder hoffen sie, ein armes Malmädchen zu verführen? Es wäre wohl eine Gelegenheit für einen Protest der Künstlerverbände.

Ein Reinsfall der Christen. Große Hoffnungen machten sich die christlichen Gewerkschaften auf die Eroberung der allgemeinen Ortskrankenkasse des Landkreises Breslau, deren Vorstand bisher

schon in den Händen sogenannter „unparteilicher“ Herren sich befand. Die Wahl ergab aber nun für die Liste der Patrioten 42, für die Liste der freien Gewerkschaften 603 Stimmen, so daß der alte Vorstand mit einem Mann, die freien Gewerkschaften mit neunzehn in die neue Verwaltung einzziehen.

August-Bebel-Stiftung. Genosse Bebel hat dem Armen- und Waisenfonds der Stadt Weimar, in der er bekanntlich seine Jugendjahre verlebte, 6000 Mark überwiesen. In der Stadtordnungseinstellung wurde die Annahme einstimmig beschlossen. Genosse Bebel regte an, daß Zuwendungen aus dieser Stiftung nicht als Armenunterstützung betrachtet werden möchten, die den Verlust politischer Rechte nach sich zögen, was zugesagt wurde.

Ausland.

Vom Balkan.

Ein neuer Staat und ein neuer Krieg. Während die Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien noch im Gange sind, erklärten sich einige westliche Bezirke von Thrazien für unabhängig, um der voraussichtlichen Einwirkung in Bulgarien zu entgehen. Inzwischen ist die formelle Abtretung dieses Gebiets an Bulgarien erfolgt, aber die provisorische Regierung hat beschlossen, der Besitzergreifung durch Bulgarien mit Waffengewalt zu widerstehen. Als ein bulgarisches Regiment Gümüldschina angriff, leisteten die Freiwilligentruppen erbitterten Widerstand und schlugen die Bulgaren nach dreistündigen Kampf in die Flucht. Die Verluste der Bulgaren sollen 150 Tote betragen. Die Stadt Gümüldschina jubelt, obwohl das Freiwilligenkorps auch bedeutende Verluste gehabt hat.

Serben lenkt ein. Die serbische Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie nicht beabsichtigt, über die albanische Grenze hinaus vorzuziehen. Es ist den Serben, wo immer sie angelockt haben, mit ihrem Wunsche eine Abänderung des Londoner Friedensvertrages herbeizuführen, stets absehend geantwortet worden, so daß sie überzeugt sein mußten, umfassende Maßnahmen ganz auf eigene Gefahr zu unternehmen.

Grichische Rüstungen. Die griechische Regierung trifft alle Vorbereitungen, um wegen eines eventuellen Krieges mit der Türkei gerüstet zu sein. Der Marineminister hat die Jahrgänge von 1900—1906 bereits unter die Fahne gerufen und diejenigen Vorkehrungen getroffen, welche für unruhige Zeiten vorgesehen sind.

Kleine politische Nachrichten.

Eine neue Partei hat sich in Baden gebildet. Die reichsparteilichen Vereine in Karlsruhe und Freiburg haben sich zu einer „Badischen Reichspartei“ zusammengeschlossen. In einigen Landtagswahlbezirken, so unter anderem auch in Karlsruhe, hat die neue Partei bereits Kandidaten für die Landtagswahl aufgestellt.

Gemeinderatswahltag. In den Gemeinderat von Neustadt im Oberrhein (Hessen) wurden vier Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt. Letzterer war Kandidat der sozialdemokratischen Partei. Die Wahlbeteiligung war ungemein stark. Unsere Genossen erhielten die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten. Der Gemeinderat hat nunmehr eine sozialdemokratische Mehrheit.

Die Einschränkung des Massenhandels. Wie die Landzeitung für beide Mecklenburg aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist der Antrag Preußens auf Verbot des freien Massenverkaufs der Bundesrat zugegangen.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Partei- und Gewerkschaftsmitglieder!

Dem Arbeiter-Bildungsausschuß ist es gelungen, das Stadttheater für eine Volksvorstellung zu mieten. Damit glaubt er vielen an ihn gerichteten Wünschen Rechnung getragen zu haben.

Die Vorstellung soll stattfinden Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 3 Uhr. Aufgeführt wird Minna von Barnhelm, Lustspiel in fünf Akten von Lessing.

Der Preis der Billets beträgt 50 Pfennig. Eine literarische Einführung in das Stück wird gratis abgegeben.

Die Billets sind zu haben in der Bruchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32, bei Sellin, Schiffsdamms 56, Frängel, Schiffsdamms 11, Breitgasse 74 im Büro des Transportarbeiterverbandes und in den Büros Dominikswall 8. Für die Abonnenten der Arbeiter-Jugend bleiben die Galeriebillets reserviert. Jugendliche unter 18 Jahren, die ihre Abonnementkarte vorzeigen und sie in Ordnung haben, erhalten diese Billets für 20 Pfennig nur bei Leu, Dominikswall 8.

Garderobe ist überall frei.

Wir bitten unsere Mitglieder, von dieser sehr günstigen Veranstaltung rege Gebrauch zu machen.

Der Bildungsausschuß. J. A.: J. u. Gehl.

Ein Meister der Pflichttreue.

Es gibt kaum einen zweiten Beruf, in dem die kapitalistische Sklaverei noch so hart auf den Arbeitern drückt, wie in der Glasindustrie. Die Unternehmer haben sich zur Niederhaltung der Arbeiter in einem Ringe vereinigt, der jeden Widerstand mit brutaler Faust verhindern möchte. Ein raffiniert gehandhabter Arbeitsnachweis regiert durch die Hungerperre mit geradezu unglaublicher Härte. Die Arbeitsstätten liegen weit auseinander. Der Wechsel zwingt fast stets zum Umzug nach einem andern Ort. Dieser ist nur durch größere Vorstöße des neuen Unternehmers möglich, die die Arbeiter auch noch in die Schuldknechtschaft zwingen. Dazu haben die Hütten meist noch eigene Wohnungen für die Arbeiter, die in Lohn-, Schuld- und Wohnungsknechtschaft dreifach geknebelt sind. Daß diese dem 20. Jahrhundert zur Schmach gereichenden Zustände die Arbeiter noch stärker bedrücken, wenn sie mit besonders unsozial gearteten Vorgesetzten zu tun haben, braucht nicht gesagt zu werden.

Wir begrüßten es deshalb auch unlangst mit besonderer Freude, als es den Glasmachern der Danziger Glashütte und Kristallfabrik in Schellmühl durch ihre mühselig aufgebante Organisation endlich gelungen war, mit der Direktion einen Tarifvertrag abzuschließen. Unsere Erwartung, daß der Direktor Becker sich loyal in den neuen Zustand der Dinge finden würde, hat sich leider nicht erfüllt. Es war nur zu schnell zu fühlen, daß ihm die Arbeiter, die in dem neu geschaffenen Arbeiterausschuß sachlich und ruhig arbeiteten, im Wege waren. Besonders war ihm der Glasmacher W. ein Dorn im Auge. Er wurde gekündigt unter dem Vorwand, daß er sich zu Mitarbeitern über Direktor Becker unehrenhaft geäußert habe. Das wollte der Meister Detschke beweisen. W. bestritt durchaus, daß er zu Kollegen den Direktor Kuchebäcker bezeichnet habe. Darauf gab ihm der Direktor auf, den Detschke zu verklagen und so gerichtliche Klarheit über dessen Beschuldigung zu schaffen. Die Entlassung hielt er

trotzdem aufrecht. Welche unglaublich vorfindlichen Anschuldigungen von der Betriebsleitung noch vertreten werden, bezweifle der Direktor durch ein Schreiben an den Gemahregelten, das die altfahrischen Zustände in der Glashütte grell beleuchtet. Weil der Entlassene einige Kollegen in ihren Wohnungen besucht hat, bekam er folgenden eingeschriebenen Brief:

„Wir machen Sie hiermit darauf aufmerksam, daß das Betreten des Fabrikgrundstückes inklusive unseres Arbeiterwohnhauses für Sie verboten ist und erlauben wir Sie, sich hiernach zu richten, andernfalls wir Sie wegen Hausfriedensbruch anzeigen.“

So sehr es bei den Erzeugern dieses Urtales verständlich ist, wenn sie sich als unumschränkte Herren über ihre Lohnkosten fühlen, so haben sie doch übersehen, daß die Welt außerhalb der Glashütte immerhin einige Fortschritte gemacht hat. Gesehlich gelten auch die „Anfassen“ der Fabrikwohnungen schon als freie Bürger und kein Staatsanwalt dürfte es wagen, ihre Besucher nach dem Willen des modernen Herrn Becker wegen Hausfriedensbruch ins Gefängnis zu schicken.

Am 27. September beschäftigte sich das Schöffengericht mit der Klage des Gemahregelten gegen den Meister. Als Zeuge war auch der Direktor geladen, jedoch — nicht erschienen! Dagegen war noch in letzter Minute der — Sohn des Meisters für diesen als Zeugen geladen! Der Vertreter des W., Rechtsanwalt Rosenbaum, war über die Ladung dieses Zeugen, von der er gar nichts wußte, erstaunt und beantragte die Verladung, damit der Direktor geladen werden könne, weil nur in dessen Anwesenheit eine sachlich zweckmäßige Beilegung des Falles möglich sei. Das Gericht lehnte den Antrag, wenn auch nicht unbedingt, ab. Detschke befragte, dem Direktor erzählt zu haben, daß W. zu mehreren Kollegen gesagt habe: den Kuchenbäcker werden wir schon kriegen. Von den Zeugen der Klageführung wollte er aber niemand kennen! Er habe sie auch erst 5 bis 6 Wochen später dem Direktor mitgeteilt, weil er sich über einen anderen Glasmacher geärgert habe! Er mußte dem Direktor die Mitteilung machen, weil es seine Pflicht und Schuldigkeit als Vertreter des Direktors war.

Der Sohn des Detschke beschwor als Zeuge, daß er von dem Vorfalle, der zur Verhandlung stand, nichts wußte! Er wollte dagegen bei einer andern Gelegenheit, von der er auch nichts näheres wußte, von W. den Ausdruck Kuchenbäcker gehört haben.

Rechtsanwalt Rosenbaum gab in seinen Ausführungen eine ausgezeichnete Charakteristik des „pflichttreuen Meisters“ Detschke, die diesem kaum sehr behagt haben dürfte. Er stellte fest, daß D. die Angeberei nicht zur Wahrung von Dienstinteressen beging. Ganz im Gegenteil machte er keine Mitteilung, als er die durch nichts bewiesene Äußerung gehört haben wollte. Erst als er sich sechs Wochen später über einen andern Glasmacher ärgerte, denunzierte er W. um ihn bei der Direktion herabzumüßigen; leider mit dem Erfolge, daß W. entlassen wurde. Sämtliche Glasmacher, welche die Äußerung des W. gehört haben mußten, wenn sie wirklich gefallen wäre, hätten auf Befragen versichert, daß sie nichts davon wußten. Der Anwalt bot das eidliche Zeugnis sämtlicher Glasmacher als Beweis dafür an, daß die Angabe Detschkes unwahr sei, der Schutz des Paragraphen 193 könne D. nicht gewährt werden. Er habe keinerlei berechtigten Interessen gewahrt, sondern nur den W. vor den Vorgesetzten herabgesetzt.

Der Verteidiger des Detschke, Rechtsanwalt Damius, glaubte seinem Mandanten durch die sehr geschmackvolle Bemerkung, daß die Sache auf den Kopf gestellt sei — er sagte nur nicht von wem — beizubringen zu müssen. Im übrigen suchte er für ihn nur den Paragraphen 193 zu retten. Es komme dann, so führte er aus, gar nicht darauf an, ob W. wirklich die Beleidigung über den Direktor ausgesprochen, sondern nur darauf, daß Detschke es geglaubt hat.

Mit dieser für die Unschuld des braven Detschke genügend kennzeichnenden Begründung ließ ihn denn auch das Gericht davonkommen. Der Vorstehende erklärte ausdrücklich, daß das Gericht es dahin gestellt sein lasse, ob W. sich in der behaupteten Weise über den Direktor geäußert habe. Es sei auch auffallend, daß Detschke die „hauptsächliche Beleidigung nicht früher mitteilte. Trotzdem habe das Gericht ihm den Paragraphen 193 zugebilligt, weil er wohl im guten Glauben handelte.

Das unbegreifliche Schweigeglied, das der Meister vor Gericht hatte, kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der feindselige Vertreter der „Pflichttreue“ tatsächlich glatt verurteilt ist! Den Beweis, daß seine Denunziation gegen W. der Wahrheit entsprach, hat er gar nicht einmal zu führen versucht! Folglich hat er sich selbst widerlegt. Steht der Direktor nun zu seinem, dem auf Grund einer gänzlich haltlosen Denunziation Gemahregelten gegebenen Wort, so muß er W. wieder einstellen! Wir zweifeln aber sehr, ob diese Verpflichtung, die in nur selbst ehren würde, erfüllen wird.

Die neue Werbertorbrücke ist fertiggestellt und wird in einigen Tagen dem Verkehr übergeben werden. Die Notbrücke gelangt mit der Inbetriebnahme zur Abbruch.



Persil

das selbsttätige
Waschmittel!

Nicht selbst waschen!

Das besorgt viel schneller, besser und billiger Persil. — Nur einmaliges etwa viertelstündiges Kochen und die schmutzigste Wäsche ist

im Nu blendendweiss

frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paket.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Ruch-Fabrikanten der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda

am Nachmittag auf dem Badwigen Hofe democh kauft, wirt dieses kein gutes Licht auf das Verständnis desselben für Pferde, und weshalb konnte nicht der Besitzer selbst die rechtlich verdienten 1400 Mark erhalten?

Herr Rittergutsbesitzer Braemer-Doristhal stellte auf dem Bittfalter Märkte ein Pferd, einen schweren, braunen Ballack, vor; der Herr Major beunahmte, das Pferd nicht brauchen zu können, wies Herrn Braemer aber an Sandelowski & Nachmann. Diese würden das Pferd kaufen, weil sie noch Lieferung für die Maschinengewehr-Abteilung hätten. Sandelowski & Nachmann waren auch sofort bei der Hand, boten zunächst 800 Mark für das Pferd und kauften es schließlich für die von Herrn Braemer geforderten 1000 Mark. Es drängt sich dem Unbeteiligten hier unwillkürlich die Frage auf, ob die Kommission nicht auch für die Maschinengewehr-Abteilung die Pferde direkt vom Besitzer antaufen kann, oder mag die Firma Sandelowski & Nachmann allein ein Recht oder Privileg zu deren Ankauf haben?

Ohne die Rechtmäßigkeit des Herrn Majors in Zweifel ziehen zu wollen, ist es allgemein aufgefallen, daß gerade die Firma Sandelowski & Nachmann-Königsberg eine große Anzahl zurückgestellter Pferde zu verhältnismäßig hohen Preisen aufkauft, offenbar in der Absicht, sie wieder vorzustellen und der Kommission zu verkaufen. Wäre eine dahingehende Ansicht nicht vollkommen widerrichtig, dann wäre man fast versucht, anzunehmen, daß die genannte Firma auf höheren Befehl oder sichere Garantie handele.

Das Zusammenarbeiten des Remontekommissars mit der Pferdehändlerfirma läßt sich zum Teil dadurch erklären, daß die für die Kavallerie untauglichen Pferde für die Maschinengewehr-Abteilung tauglich waren. Aber warum müssen erst die Pferde durch die Hände der Händler gehen? Der „schwere Rappwallach mit Schuflern und weißen Zesseln“ war vom Besitzer für 900 Mark zu haben, wurde aber von der Regierung vom Händler für 1400 Mark gekauft! Es scheint jedenfalls in Bittfällen recht „gemäßlich“ hergegangen zu sein beim Pferdetausch für das liebe Vaterland. Die Steuerzahler, die die Groschen aufbringen, werden nicht besonders erbaut sein.

Verständnis für „derbe Redensarten“

hat ein Gericht eben gehabt allerdings nicht bei Beurteilung der kritischen Arbeit eines sozialdemokratischen Redakteurs, sondern eines Offiziers.

Gegen den Amtsrichter Knittel in Gleiwitz war eine neue Auflage eines Prozesses im Gange. Er sollte den Hauptmann Kammler beleidigt haben, wurde aber in der ersten Instanz freigesprochen. Dadurch galten die argen Behauptungen Knittels als erwiesen. Daraus große Empörung in der reaktionären Presse. Nun hat in der neuen Verhandlung das Gericht ein Schuldig gesprochen. Amtsrichter Knittel wurde wegen Beleidigung einer Reihe höherer Offiziere zu einer Geldstrafe von 2400 Mark und zu den Kosten verurteilt. Der Staatsanwalt hatte folgenden Strafentwurf gestellt: Wegen Beleidigung des Oberstleutnant Vietinghoff, des Generalmajors Windheim und des Generals Erzellenz von der Groeben eine Gefängnisstrafe von je zwei Monaten, im ganzen eine Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis.

Bei der Verhandlung gegen den Amtsrichter Knittel sagte der Staatsanwalt in Gleiwitz über das Vorgehen des Hauptmann Kammler:

Hauptmann Kammler soll bei Kontrollversammlungen derbe Redensarten gebraucht haben (er hatte, wie der Amtsgerichtsrat Schega eithlich bekundete, Untergebene Hammele genannt. Red. d. Volkswacht). Aber wir wissen, daß gerade solche kräftigen Redensarten ihren Wert haben. In früheren Zeiten hat man sich nicht geschämt, solche Redensarten selbst von der Kanzel zu gebrauchen. In dem Einzel der Dienstzeit ist ein solches derbe Wort oft eine Erlösung und eine Erfrischung. Wer möchte heute die köstliche Einladung unseres Goethe in Götz missen? (Heiterkeit.)

Wir können freilich nicht billigen, wenn ein militärischer Vorgesetzter seine Leute anspricht, weil sie sich ja nicht verteidigen dürfen. Aber sonst hat der Staatsanwalt ganz recht. Schade, daß man ihn nicht einmal plädieren hören kann, wenn es zum Beispiel gilt, einen Arbeiter abzurteilen, der vielleicht das Verbrechen beging, einen Streikbrecher einen Streikbrecher zu nennen. Im übrigen sollte man diesen Staatsanwalt auch gegen angeklagte sozialdemokratische „Majestätsbeleidiger“ verwenden — denn wir hoffen doch, er würde gegen sie genau so vernünftig reden, wie gegen den Hauptmann.

Einstellung des staatlichen Bergbaues in Sachsen.

Am 30. September wurde in Freiburg in Sachsen der staatliche Grubenbetrieb geschlossen, nachdem der sächsische Landtag im Jahre 1904 den Plan der Regierung genehmigt hatte, im Laufe von zehn Jahren den Bergbau allmählich einzustellen. Der nunmehr eingestellte staatliche Bergbau in Sachsen ist der kapitalistischsten Entwicklung zum Opfer gefallen. Der Lebergang groß. Staaten von der Silber- zur Goldwährung war einer der ersten Anlässe des Verfalls. Infolge der Erschließung mächtiger Erzlager in Amerika usw. sowie der Verbesserung des Eisenbahn- und Seeverkehrs wurden auch die Silber- und Bleierz-Verhandelsplätze, und das größere Angebot übte, da der Bedarf nicht wie die Produktion stieg, einen beständig zunehmenden Preisdruck aus. Der Silberpreis fiel nach der Verstaatlichung der Grube auf die Hälfte des vorherigen Standes, von 140 Mark auf 70 Mark pro Kilogramm. Auf der andern Seite stiegen die Ausgaben für Betriebsmaterialien, Gehälter, Löhne usw. Dazu kam, daß die Erze nicht mehr in so reicher Beschaffenheit vorgefunden wurden, obwohl die Schächte bis 600 und 700 Meter tief niedergedacht waren. Der durchschnittliche Silbergehalt betrug in den letzten Jahren nur noch 0,07 Prozent, während Kanada jetzt Erze mit dem zweihundertfachen Silberinhalt (15 Prozent und mehr) an die staatlichen Hütten liefert. Unter diesen Umständen konnte die Regierung nicht anders, als dem Drängen im Landtage Rechnung tragend, den Betrieb einzustellen.

Nobel muß die Welt zugrunde gehen! Der konservative Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation wünscht seine „Ideen“ auch durch die Kunst zu propagieren. Eine Bundespostkarte soll für ihn werden, die seinen Zweck möglichst andeutet. Da er aber keinen Künstler kennt, der instande ist, das vernünftige Bild zu liefern, so sucht er ihn durch ein Preisanschreiben. Und — nobel muß die Welt zugrunde gehen! — er setzt eine Prämie von fünfzig Mark für den besten Entwurf, von zwanzig für den zweiten aus und behält sich vor, andere für zehn und fünf Mark anzukaufen. Ein Kommentar würde die Wucht dieser Zahlen nur abschwächen. Das Berliner Tageblatt fragt aber an: Auf was für eine Sorte von Künstlern rechnen die Herren? Nur ein intensiver Frauenhasser kann sich vielleicht durch Liebe zur Sache bereit finden, um diese Preise zu kämpfen. Oder hoffen sie, ein armes Mädchen zu verführen? Es wäre wohl eine Gelegenheit für einen Protest der Künstlerverbände.

Ein Reinfall der Christen. Große Hoffnungen machten sich die christlichen Gewerkschaften auf die Eroberung der allgemeinen Ortskrankenkasse des Landkreises Breslau, deren Vorstand bisher

schon in den Händen sogenannter „unparteilicher“ Herren lag. Die Wahl ergab aber nun für die Liste der Patrioten 42, für die Liste der freien Gewerkschaften 605 Stimmen, so daß der alte Vorstand mit einem Mann, die freien Gewerkschaften mit neunzehn in die neue Verwaltung einzog.

August-Beitel-Stiftung. Genosse Beitel hat dem Armen- und Waisenfonds der Stadt Wehlar, in der er bekanntlich seine Jugendjahre verlebte, 6000 Mark überwiesen. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Annahme einstimmig beschlossen. Genosse Beitel regte an, daß Zuwendungen aus dieser Stiftung nicht als Armenunterstützung betrachtet werden möchten, die den Verlust politischer Rechte nach sich ziehen, was zugebilligt wurde.

Ausland.

Dem Balkan.

Ein neuer Staat und ein neuer Krieg. Während die Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien noch im Gange sind, erklärten sich einige westliche Bezirke von Thrazien für unabhängig, um der voraussichtlichen Einverleibung in Bulgarien zu entgehen. Inzwischen ist die formelle Abtretung dieses Gebiets an Bulgarien erfolgt, aber die provisorische Regierung hat beschlossen, der Besitzergreifung durch Bulgarien mit Waffengewalt zu widerstehen. Als ein bulgarisches Regiment Gümüldschina angriff, leisteten die Freiwilligentruppen erbitterten Widerstand und schlugen die Bulgaren nach dreistündigem Kampf in die Flucht. Die Verluste der Bulgaren sollen 150 Tote betragen. Die Stadt Gümüldschina jubelt, obwohl das Freiwilligenkorps auch bedeutende Verluste gelitten hat.

Serbien lenkt ein. Die serbische Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie nicht beabsichtigt, über die albanische Grenze hinaus vorzudringen. Es ist den Serben, wo immer sie angelockt haben, mit ihrem Wunsch eine Abänderung des Londoner Friedensvertrages herbeizuführen, stets ablehnend geantwortet worden, so daß sie überzeugt sein müssen, umfassende Maßnahmen ganz auf eigene Gefahr zu unternehmen.

Griechische Rüstungen. Die griechische Regierung trifft alle Vorbereitungen, um wegen eines eventuellen Krieges mit der Türkei gerüstet zu sein. Der Marineminister hat die Jahrgänge von 1900—1906 bereits unter die Fahnen gerufen und diejenigen Vorkehrungen getroffen, welche für unruhige Zeiten vorgesehen sind.

Kleine politische Nachrichten.

Eine neue Partei hat sich in Baden gebildet. Die reichsparteilichen Vereine in Karlsruhe und Freiburg haben sich zu einer „Badischen Reichspartei“ zusammengeschlossen. In einigen Landtagswahlbezirken, so unter anderem auch in Karlsruhe, hat die neue Partei bereits Kandidaten für die Landtagswahl aufgestellt.

Gemeinderatswahltag. In den Gemeinden von Neustadt im Odenwald (Hessen) wurden vier Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt. Besterer war Kandidat der sozialdemokratischen Partei. Die Wahlbeteiligung war ungemein stark. Unsere Genossen erhielten die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten. Der Gemeinderat hat nunmehr eine sozialdemokratische Mehrheit.

Die Einschränkung des Waffenhandels. Wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist der Antrag Preussens auf Verbot des freien Waffenverkaufs dem Bundesrat zugegangen.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Partei- und Gewerkschaftsmitglieder!

Dem Arbeiter-Bildungsausschuss ist es gelungen, das Stadttheater für eine Volksvorstellung zu mieten. Damit glaubt er vielen an ihn gerichteten Wünschen Rechnung getragen zu haben.

Die Vorstellung soll stattfinden Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 3 Uhr. Aufgeführt wird Minna von Barnhelm, Lustspiel in fünf Akten von Lessing.

Der Preis der Billets beträgt 50 Pfennig. Eine literarische Einführung in das Stück wird gratis abgegeben.

Die Billets sind zu haben in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32, bei Sellin, Schüsselbamm 56, Fräungel, Schüsselbamm 11, Breitagasse 74 im Büro des Transportarbeiterverbandes und in den Büros Dominikswall 8. Für die Abonnenten der Arbeiter-Jugend bleiben die Galeriebillets reserviert. Jugendliche unter 18 Jahren, die ihre Abonnementkarte vorzeigen und sie in Ordnung haben, erhalten diese Billets für 20 Pfennig nur bei Deu, Dominikswall 8.

Garderobe ist überall frei.

Wir bitten unsere Mitglieder, von dieser sehr günstigen Veranstaltung rege Gebrauch zu machen.

Der Bildungsausschuss. J. A.: Jul. Gehl.

Ein Meister der Pflichttreue.

Es gibt kaum einen zweiten Beruf, in dem die kapitalistische Sklaverei noch so hart auf den Arbeitern drückt, wie in der Glasindustrie. Die Unternehmer haben sich zur Niederhaltung der Arbeiter in einem Ringe vereinigt, der jeden Widerstand mit brutaler Faust verhindern möchte. Ein raffiniert gehandhabter Arbeitsnachweis regiert durch die Hungersperre mit geradezu unglaublicher Härte. Die Arbeitsstätten liegen weit auseinander. Der Beschäftigte zwingt fast stets zum Umzug nach einem andern Ort. Dieser ist nur durch größere Vorstöße des neuen Unternehmers möglich, die die Arbeiter auch noch in die Schuldnechtschaft zwingen. Dazu haben die Hütten meist noch eigene Wohnungen für die Arbeiter, die in Lohn-, Schuld- und Wohnungsnechtschaft dreifach geknebelt sind. Daß diese dem 20. Jahrhundert zur Schmach reichenden Zustände die Arbeiter noch stärker bedrücken, wenn sie mit besonders unsozial gearteten Vorgesetzten zu tun haben, braucht nicht gesagt zu werden.

Wir begrüßen es deshalb auch unlangst mit besonderer Freude, als es den Glasmachern der Danziger Glashütte und Kristallsofabrik in Schellmühl durch ihre mühselig aufgebaute Organisation endlich gelungen war, mit der Direktion einen Tarifvertrag abzuschließen. Unsere Erwartung, daß der Direktor Becker sich loyal in den neuen Zustand der Dinge finden würde, hat sich leider nicht erfüllt. Es war nur zu schnell zu fühlen, daß ihm die Arbeiter, die in dem neu geschaffenen Arbeiterauschuss sachlich und ruhig arbeiteten, im Wege waren. Besonders war ihm der Glasmacher W. ein Dorn im Auge. Er wurde gekündigt unter dem Vorwande, daß er sich zu Mitarbeitern über Direktor Becker unehrlich geäußert habe. Das wollte der Meister Detschke beweisen. W. bestritt durchaus, daß er zu Kollegen den Direktor als Kuchebäcker bezeichnet habe. Darauf gab ihm der Direktor auf, den Detschke zu verhaften und so gerichtliche Klarheit über dessen Beschuldigung zu schaffen. Die Entlassung hielt er

trotzdem aufrecht. Welche ungläublich vorfindlichen Anschauungen von der Betriebsleitung noch vertreten werden, hierbei der Direktor durch ein Schreiben an den Gemahregelten, das die assal- tischen Zustände in der Glashütte grell beleuchtet. Weil der Entlassene einige Kollegen in ihren Wohnungen besucht hat, bekam er folgenden eingeschriebenen Brief:

„Wir machen Sie hiermit darauf aufmerksam, daß das Betreten des Fabrikgrundstückes inklusive unseres Arbeiterwohnhauses für Sie verboten ist und eruchen wir Sie, sich hiernach zu richten, andernfalls wir Sie wegen Hausfriedensbruch anzeigen.“

So sehr es bei den Erzeugern dieses Urteils verständlich ist, wenn sie sich als unumschränkte Herren über ihre Lohnsklaven fühlen, so haben sie doch übersehen, daß die Welt außerhalb der Glashütte immerhin einige Fortschritte gemacht hat. Gesehlich gelten auch die „Zufassen“ der Fabrikwohnungen schon als freie Bürger und kein Staatsanwalt dürfte es wagen, ihre Besucher nach dem Willen des modernen Herrn Becker wegen Hausfriedensbruch ins Gefängnis zu schicken.

Am 27. September beschäftigte sich das Schöffengericht mit der Klage des Gemahregelten gegen den Meister. Als Zeuge war auch der Direktor geladen, jedoch — nicht erschienen! Dagegen war noch in letzter Minute der — Sohn des Meisters für diesen als Zeugen geladen! Der Vertreter des W., Rechtsanwalt Rosenbaum, war über die Ladung dieses Zeugen, von der er gar nichts wußte, erstaunt und beantragte die Vertagung, damit der Direktor geladen werden könne, weil nur in dessen Anwesenheit eine sachlich zweckmäßige Vernehmung des Falles möglich sei. Das Gericht lehnte den Antrag, wenn auch nicht unbedingt, ab. Detschke bestätigte, dem Direktor erzählt zu haben, daß W. zu mehreren Kollegen gesagt habe: den Kuchebäcker werden wir schon kriegen. Von den Zeugen der Meuserung wollte er aber niemand kennen! Er habe sie auch erst 5 bis 6 Wochen später dem Direktor mitgeteilt, weil er sich über einen anderen Glasmacher geärgert habe! Er mußte dem Direktor die Mitteilung machen, weil es seine Pflicht und Schuldigkeit als Vertreter des Direktors war.

Der Sohn des Detschke beschwor als Zeuge, daß er von dem Vorfall, der zur Verhandlung stand, nichts wisse! Er wollte dagegen bei einer andern Gelegenheit, von der er auch nicht näheres wußte, von W. den Ausdruck Kuchebäcker gehört haben.

Rechtsanwalt Rosenbaum gab in seinen Ausführungen eine ausgezeichnete Charakteristik des „pflichttreuen Meisters“ Detschke, die diesem kaum sehr behagt haben dürfte. Er stellte fest, daß D. die Ungeborenen nicht zur Wahrung von Dienstinteressen begibt. Ganz im Gegenteil machte er keine Mitteilung, als er die durch nichts bewiesene Meuserung gehört haben wollte. Erst als er sich sechs Wochen später über einen andern Glasmacher ärgerte, denunzierte er W. um ihn bei der Direktion herabzuwürdigen; leider mit dem Erfolge, daß W. entlassen wurde. Sämtliche Glasmacher, welche die Meuserung des W. gehört haben mußten, wenn sie wirklich gefallen wäre, hätten auf Befragen versichert, daß sie nichts davon wußten. Der Anwalt bot das eibliche Zeugnis sämtlicher Glasmacher als Beweis dafür an, daß die Angabe Detschkes unwahr sei, der Schutz des Paragraphen 193 könne D. nicht gewährt werden. Er habe keinerlei berechtigte Interessen gewahrt, sondern nur den W. vor den Vorgesetzten herabgeholt.

Der Verteidiger des Detschke, Rechtsanwalt Damsus, glaubte seinem Mandanten durch die sehr geschmackvolle Bemerkung, daß die Sache auf den Kopf gestellt sei — er sagte nur nicht von wem — bespringen zu müssen. Im übrigen suchte er für ihn nur den Paragraphen 193 zu retten. Es komme dann, so führte er aus, gar nicht darauf an, ob W. wirklich die Beleidigung über den Direktor ausgesprochen, sondern nur darauf, daß Detschke es geglaubt habe!

Mit dieser für die Unschuld des braven Detschke genügend kennzeichnenden Begründung ließ ihn denn auch das Gericht davonkommen. Der Vorsitzende erklärte ausdrücklich, daß das Gericht es dahin gestellt sein lasse, ob W. sich in der behaupteten Weise über den Direktor geäußert habe. Es sei auch auffallend, daß Detschke die behauptete Beleidigung nicht früher mitteilte. Trozdem habe das Gericht ihn den Paragraphen 193 zugebilligt, weil er wohl im guten Glauben handele.

Das unbegreifliche Schweineglied, das der Meister vor Gericht hatte, kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der feinsinnige Vertreter der Pflichttreue tatsächlich glatt verurteilt ist! Den Beweis, daß seine Denunziation gegen W. der Wahrheit entsprach, hat er gar nicht einmal zu führen versucht! Folglich hat er sich selbst widerlegt. Steht der Direktor nun zu seinem, dem auf Grund einer gänzlich haltlosen Denunziation Gemahregelten gegebenen Wort, so muß er W. wieder einstellen! Wir zweifeln aber sehr, ob er diese Verpflichtung, die ihn nur selbst ehren würde, erfüllen wird.

Die neue Werbertorbrücke ist fertiggestellt und wird in einigen Tagen dem Verkehr übergeben werden. Die Notbrücke gelangt mit der Inbetriebnahme zum Abbruch.



Persil

das selbsttätige
Waschmittel

Nicht selbst waschen!

Das besorgt viel schneller, besser und billiger Persil. — Nur einmaliges etwa viertelstündiges Kochen und die schmutzigste Wäsche ist

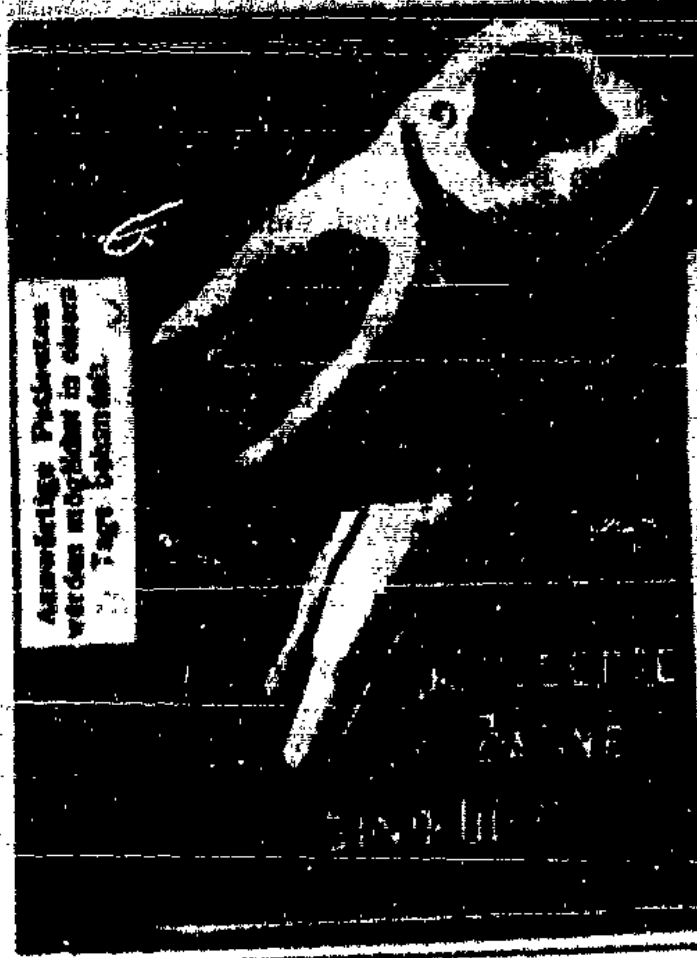
im Nu blendendweiss

frisch und duftig wie auf dem Rasen gebleicht.

Überall erhältlich, nie lase, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanten der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda



180

Pf. 400 litere ich Zähne, welche verschiedlich mit 8 Mark und mehr bezahlt werden müssen eine Extraberechnung der Kautschukplatte, und gebe ich trotz der billigen Preise 10 Jahre schriftliche Garantie für Haltbarkeit.

Alleinherstellung für Danzig.

Patent-
„Reform“
ohne
Nach Aussagen und Anerkennungs schreiben meiner Patienten
Zahnziehen fast schmerzlos à 1 Mark.
Plomben à 2 Mark; Reparaturen à 1 Mark.

„Institut für Zahnleidende“
Danzig, Pfefferstadt 71, I., 2 Minuten vom Hauptbahnhof.
Sprechzeit: von 8-8 Uhr. Telephon 2621. Sonntags von 9-2 Uhr.

Bei Bestellung von künstlichen Zähnen aus Zahnstein kostengünstig.

Möbel aller Art.
Schränke, Vertikos, Spiegel, Küchenmöbel, Sofas und Garnituren, Teppiche sowie alle Polstermöbel. Finden Sie in großer Auswahl bei

A. Huse, Fleischergasse 77.

Brock's
Sohlen-Anzünder
Sind stets die besten für den Haushalt.

Nach monatlicher Konfiskation wieder freigegeben!

Die Nonne
Ein Sittentoman aus dem Klosterleben von Denis Diderot. Wohl der berühmteste kulturhistorische Roman aller Zeiten. Nur eine Lesart für gereifte Leser.
Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Hüte, Mützen, Stöcke, Krawatten, Wäsche
In reicher Auswahl zu bekannt sehr billigen Preisen.

Huthaus London
nur II. Damm 10.

Wohne jetzt
Ohra, Hauptstr. 17
vis-à-vis Herrn Kaufm. Hoenig.
Schönrock
Hebamme.

Lassen Sie Ihre Garderobe
bei
Louis Israelski, Kohlenmarkt 11
arbeiten.

Elegante Anzüge von 42, 55, 60 bis 85.
Vornehme Paletots u. Ulster von 45, 50, 60 bis 85.

Modernste Stoffe, prima Verarbeitung.

Geschäfts-Eröffnung.
Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, dass ich ab 1. Oktober die

Bäckerei Hakelwerk 8

übernommen habe. Ich bitte, das mir bisher erwiesene Wohlwollen auch fernerhin zu bewahren. Hochachtungsvoll

Johann Koegler
früher Niedere Seigen 11.

Für den Winter
empfiehlt äußerst billig
Ulster, Paletots, Joppen
sowie sämtliche Herren- und Knaben-Bekleidung

Philipp Schwersenz
Langfuhr, Hauptstrasse 40 a.

Schuhmacherei Nied. Seigen 17 Ecke Raminbau
empfiehlt sich zur
Anfertigung von Schuhen und Winterstiefeln. Sohlen und Reparaturen werden stets gut ausgeführt. Habe stets Lager von Gummiabfüßen.
Slawinski.

Das
Menschenjochthaus.
Bilder vom kommenden Krieg!
Preis 1,00 Mk. Porto: Drucksache 10 Pfg.
Volkswacht-Buchhandlung, Danzig, Paradiesg. 32.

Weichsel-Königin
Seife

ist garantiert rein, schont daher die Wäsche und bleicht dieselbe infolge des Gehaltes an bestem Terpentinöl.

Überall erhältlich.
J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik, Thorn.

Wilhelm Zamory
Glas- u. Bilderleisten-Handlung
Teleph. 2505. Danzig, Tischlergasse 47. Teleph. 2505.
Durch Einkauf großer Posten Glas und Leisten bin ich in der Lage, zu besonders billigen Preisen zu verkaufen.
Für Abonnenten der Volkswacht Extra-Ermäßigung.

Der Neue Weltkalender für 1914
40 Pfg. ist eingetroffen!
40 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Alkoholfreie Getränke.
Fabrik für alkoholfreie Getränke
von E. Ehlert Nachfolger
Schidlitz.

Sinalco
Chr. Schatz, Ohra.
Barbiere und Frisöre.

Barbier- und Frisier-Salon
Kurt Bartsch
Paradiesgasse 1.

Bierbrauereien.
Danziger Aktien-Bierbrauerei.
Jahresumsatz ca. 100 000 hl.

Bier-Niedertagen.
M. Lettau, Breitgasse 48.
Danziger Aktien-Bier.

Brotfabriken.
Danziger Brotfabrik
G. m. b. H., Kolkowgasse 15
Seize Schiller neben die Niederl.

Bäckerien.
Bäckerei Koegler, Hakelwerk 8. feinste Backwaren
Damenputz u. Modewaren
M. Laube, Ohra
Kurz-, Weiss-, Wollwaren.
F. Berner, Kolonialwaren, Speyerstr. 10, Paradiesgasse 32/33

Oscar Schützmann, Tischlergasse 17.
ft. Liköre, Rum und Kognak.
Fahrräder, Nähmaschinen.

Fahrräder und Zubehörteile
Carl Sielaff, Ohra
Grammophone und Platten.

Max Ventzki, Hundegasse 21, T. 2404
Dampfmaschinen D. R. P.
Wringmaschinen. Reparaturen.

Herrn-Artikel.
Hut-Haus London
II. Damm 10. Ecke Breitgasse.

Three Shillings-Hat
Nur Paradiesgasse 7/8.

Bezugsquellen-Verzeichnis.
Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen.
Erscheint wöchentlich einmal.

Herrn-Garderoben.
Arbeiterbekleidung
Maler-Fertigung
Kleidermacher

S. Lazarus
Langfuhr
Hauptstrasse 53.

Goldene 14
Lange Brücke.
Herm. Goldblum, Neulohwaser, Arbeiter-Konf., Herren- und Knaben-Bekleidung.

Kaufhäuser.
Partiewaren, Gelegenheitskäufe
Junkergasse 1
III. Damm 7-8.
Sally Bieber, Stadtgebiet
Nr. 45
Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts.
Danziger Brotfabrik
G. m. b. H., Kolkowgasse 15.
J. Woelke, Ohra Hauptstr. Nr. 19.
Kolonial- u. Materialwaren
A. Hagedorn, Wallgasse Nr. 25.
G. E. Schimmelmann vorm. PRANTZ
Schüsseldamm 32
Mehl, Hülsenfrüchte etc.
J. Woelke, Ohra, Hauptstraße 19.

Melereien.
Rob. Kobusch, Schidaugasse 18.

Molkereien.
Friedr. Dohm
Produkte in bekannter Güte.
Niederlagen in allen Stadtteilen.

Central-Molkerei G. m. Danzig
b. H., Danzig
Verkaufswagen in allen Stadtteilen

Musikinstr., Grammophone
Danziger Sprechmaschinen- u. Fahrrad-Zentrale, Hundegasse 33
Reelle u. billige Bezugsquelle für Abonnenten der Volkswacht.
Zubehör u. Reparaturen enorm billig.

Schnupftabak-Fabriken.
Julius Gosda
Häkergasse 5
II. Priestergasse 5, Ecke
Schnupftabak-Kachelei.
Schuhwaren.

L. Michaelis
III. Damm 6, Heilige Geistgasse 36
Großes Lager gediege Schuhwaren
Arbeitsstüffel, Reparaturwerkstatt.

Schuhwarenhaus Tuchler
Holzmarkt 19
Unerreicht billige Preise.

August Wilke
Langfuhr, Hauptstrasse.
Billigste Bezugsquelle für reelle Schuhwaren.
Eigene Reparatur-Werkstatt.

Transportgeschäfte.
Roll-Fahren
werden billig ausgeführt
A. Hagedorn, Wallgasse 25.

Uhren- und Goldwaren.
Uhren- und Goldwaren
S. Lewy Nachf., Danzig
Breitgasse 28, Ecke Goldschmiedeg.

Zigarrengeschäfte.
Max Schwabe
Danzig, Paradiesgasse 6/7.
Russische, türkische und ägyptische
Zigaretten
Raudi-, Kau- und Schnupftabak.

Organisierte Arbeiter kaufen
bei
Eugen Sellin, Schüsseldamm 56.

Tabak, Zigarren
Zigaretten
A. KRAUSE
Danzig
Raminbau 13.

J. Noetzel, Paradiesg. 32
empfiehlt seine vorzüglichen
Zigarren-Spezialmarken.

Weitere Inserate
nimmt entgegen die
Expedition der Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Minna von Barnhelm.

Zu der Vorstellung des Bildungsausschusses.

Hand in Hand mit der hohen Kultur des deutschen Mittelalters ging auch ein reiches geistiges Leben. Die Niederwallers von der Bogelweide und die Gefänge des alten Meisters Hans Sachs zeugen davon. Als aber das wirtschaftliche Leben Europas seinen Schwerpunkt aus den deutschen Städten an die Häfen des Atlantischen Ozeans verschob, als die große Bewegung der fränkischen und thüringischen Bauern im Bauernkriege unter tatkräftiger Mithilfe Luthers blutig danieder geschlagen war, als ein halbes Jahrhundert hindurch die Furie der Religionskriege durch die deutschen Lande brauste, da sank mit der Blüte des wirtschaftlichen Lebens auch die deutsche Poesie ins Grab. Während des dreißigjährigen Nordens ging die Bevölkerung Deutschlands von 21 Millionen auf 7 Millionen zurück. Ganze Städte waren ausgestorben, ganze Gewerbebezüge und Künste vergessen. Ja, nicht einmal eine deutsche Sprache gab es mehr. Ein Gemisch von spanischen, französischen, wallonischen, italienischen und holländischen Wörtern bildete die Sprache der Bevölkerung. In etwa 300 selbständige Staaten war unser Land zerfallen. Alle paar Meilen sperrten Schlagbäume die Straße, denn jeder der Landesväter hatte sein eigenes Geld, seine eigenen Steuern und sein eigenes Recht. Jeder hatte auch seinen Hofstaat und seine Huren und wollte in Glanz und Pracht leben wie das Vorbild aller Fürsten des 17. und 18. Jahrhunderts, der „große Sonnenkönig“ Ludwig der Bierzehnte in Frankreich. Da mußten oft die „Untertanen“ mit dem Hemde die Haut hergeben. Daß unser Volk in diesem Elend nicht zu Grunde gegangen ist, zeugt von seiner Lebenskraft. Jedoch nicht von den Fürsten oder dem Adel ging die Wiedergeburt aus. Sie kam aus dem Volke. Zwei Männern vor allem verdanken wir unendlich viel für die Neubelebung unserer geistigen Kultur: Gottfried Bürger, dem bis heute noch unerreichten Balladenbildner und Lessing, der das deutsche Schauspiel zu Ehren brachte. Beide mußten zeitlebens am Hungertuche nagen, denn wo hätten die Großen der Erde einmal für Dichter Geld gehabt? Und doch haben Bürger wie Lessing unter den widrigsten Umständen Werke geschaffen, die man nicht vergessen wird, so lange eine deutsche Sprache existiert. Eines der Lessingschen Lustspiele, Minna von Barnhelm, hat der Danziger Bildungsausschuß für die Theateraufführung am Sonntag gewählt. Er hat damit bewiesen, daß ihm nicht müßige Zerstreuungssucht, sondern die seelische Veredelung der Danziger Arbeiter am Herzen liegt. Wir brauchen den Inhalt des Stückes

hier nicht besprechen, da so jeder Besucher mit dem Billet zugleich eine gedruckte Einführung erhält. Betonen möchten wir indessen, daß jeder, der eine Stunde Zeit übrig hat, vor dem Besuch der Aufführung das Stück lesen sollte. Manches Detail der Handlung geht auf der Bühne verloren und der Genuß ist um so größer, wenn der Zuschauer sich mit der Entwicklung des Stückes und der Sprache der aufstrebenden Personen vorher im stillen Kämmerlein vertraut machen kann. In der Reclamausgabe kost' es das Lustspiel nur 20 Pfennig und ist in jeder Buchhandlung käuflich.

Freie Turnerschaft Danzig. Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Wichtigkeit der Tagesordnung in der am Mittwoch, den 8. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Café Bürgergarten stattfindenden Mitgliederversammlung die Anwesenheit aller Turngenossen erforderlich. Die Turnerrinnen nehmen ebenfalls an dieser Versammlung teil. Neuanmeldungen werden dort entgegen genommen.

Der Parteitag in Jena

beschäftigte die am 3. Oktober in der Maurerherberge abgehaltene Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Genosse Sellin schilderte zunächst eingehend, den tiefen Eindruck, den der Parteitag auf ihn als Delegierten gemacht hätte. Zur Frage des Massenstreiks hätte Scheidemann schließlich abfällig geurteilt, obwohl die Genossin Luxemburg ihm scharf entgegengetreten wäre. Beim Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion habe Genosse Schulz als Berichterstatter selbst zugegeben, daß die Abwehr der Militärvorlage etwas stärker hätte ausfallen können. Wertvolle Arbeit habe der Parteitag durch die Behandlung der Arbeitslosenfrage geleistet. Zur Steuerfrage habe Wurm die theoretische und Südekum die taktische Seite erörtert. Sellin meinte, die erschwerte Erörterung der Steuerfrage würde allein eine Versammlung ausfüllen, und stellte daher anheim, die Erörterung dieser Frage zu vertagen. Gegen diesen Vorschlag erhob sich jedoch lebhafter Widerspruch. Nach Verlesung der von Wurm aufgestellten Leitsätze teilte Sellin ohne weitere Begründung mit, daß er aus bester Ueberzeugung den Antrag 114 unterzeichnet habe, der die Ablehnung aller Steuern, ohne Rücksicht darauf, ob durch die Ablehnung direkter die Einführung indirekter veranlaßt werde, für militäristische Zwecke fordere. Die Angelegenheit Radek sei nach seiner Ansicht im Galopp erledigt. Sonst wäre die rückwirkende Kraft nicht beschlossen worden, gegen die er gestimmt habe. Genosse D. Spill vermied in dem Bericht das Wichtigste, die Darlegung und Begründung des Standpunktes, den der Delegierte zu den hauptsächlichsten Fragen eingenommen habe. Genosse Loops bebaute ebenfalls, daß Sellin sich über seinen Standpunkt zum Massenstreik und zur Steuerfrage nicht erschöpfender äußerte. Die Annahme des von ihm unterstützten Antrages 114 würde die Reichstagsfraktion zwingen, den Ertrag indirekter Steuern durch direkte abzulehnen. Der Masseier-

beschluss des Parteitages sage ihm nicht zu. Dassei sich, was die Erfahrung beweise, die allgemeine Arbeiterruhe nicht durchzuführen, so sollte die Abendfeier beschlossen werden.

Genosse Voh bemängelte, daß Sellin zum Massenstreik, zur Masseier- und Steuerfrage nicht genügend deutliche Stellung genommen habe. Der Parteitag habe nicht die notwendige Klärung gebracht. Der sonst so radikale Scheidemann habe versagt. Bauer habe sich über die Eroberung des Wahlrechts für den preussischen Landtag sehr abfällig geäußert, ohne daß Scheidemann ihm widersprach. In der Massenstreikfrage gehe er mit der Genossin Luxemburg. Auch sie wolle nicht, daß er sofort inszeniert, sondern nur, daß er diskutiert werde. Die Steuerresolution des Genossen Wurm befriedige ihn nicht, weil wir danach verpflichtet seien, dem Militarismus alle Steuern zu bewilligen.

Genosse Behl: Voh stehe mit seinem ablehnenden Urteil über den Parteitag nicht allein. Der Beschluss über den Massenstreik habe ihm auch nicht imponiert. Die Resolution dazu hätte etwas mehr enthalten müssen. Sie sei aber trotzdem angenommen, weil sie im Einverständnis mit den Gewerkschaften beantragt wurde, ohne deren Mitwirkung ein Massenstreik unmöglich sei. Sie bezog sich ferner ausdrücklich auf die früheren Parteitagebeschlüsse von Jena und Mannheim. Er habe mit vielen anderen, die auch mehr Inhalt wünschten, nur deshalb der Resolution zugestimmt, weil die Gewerkschaften dahinter ständen. Wäre mehr gefordert, so hätten die Gewerkschaften nicht mitgemacht. Sonst war die Resolution Luxemburg besser. In der Steuerfrage weiche er von Sellin ab. Er habe den Antrag 114, der starke Widersprüche enthalte, trotz starken Drängens nicht unterschreiben können. Die Resolution Wurm verpflichte uns keineswegs zur Unterstützung des Militarismus. Sie erkläre ausdrücklich, daß selbst direkte Steuern abzulehnen seien, wenn der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterschaft schädlich sei. Den Standpunkt Wurms habe die Partei und die Fraktion schon eingenommen.

Genosse R. Schulz ist von den Beschlüssen des Parteitages sehr befriedigt, auch in der Frage des Massenstreiks stimme er ihnen zu.

Genosse Grünhagen glaubt nicht, daß Bauer sich über die Frage des preussischen Wahlrechts so ungünstig äußerte, wie angenommen werde. Die Genossin Luxemburg habe zu Empfehlung des Massenstreiks nicht überzeugende Gründe, sondern Phrasen vorgetragen. Der Massenstreik dürfe nicht diskutiert werden. Das täte die Gewerkschaften auch nicht, ehe sie Kampfmittel anwendeten. Ein Massenstreik würde eine Niederlage bringen und so das Koalitionsrecht gefährden. In der Steuerfrage stimme er mit Behl überein. Den Fall Radek habe der Parteitag gerecht entschieden. Im allgemeinen sei der Parteitag, anders wie in Dresden, zur mittleren Linie gerückt.

Genosse Sieckfeld: Vor eineinhalb Jahrzehnten habe man die Genossen ausgelacht, die die Ausübung des preussischen

Kleines Feuilleton.

Altnordische Dichtungen.

Von der antiken Literatur der Griechen und Römer ist uns trotz der Feindschaft des Christentums gegen alles „heidnische“ und trotz der Stürme, die im Laufe der Jahrhunderte über die Mittelmeerländer hinwegbrausten, ein so beträchtlicher Teil erhalten geblieben, daß wir uns recht wohl ein Bild von dem geistigen Leben des alten Hellas oder dem des römischen Reiches machen können. Anders dagegen steht es mit den Literaturdenkmälern unserer germanischen Vorfahren und der mit ihnen stammesverwandten skandinavischen Völker. Wenig, sehr wenig, kam davon auf unsere Tage. Und das Wenige zudem fast ausschließlich in kümmerlichen Bruchstücken, die dem Forscher bei der Rekonstruktion unsägliche Mühe bereiten. Poeten vom Schlage eines Sophokles und Aristophanes, eines Horaz und Martial sind allerdings dem germanischen Norden nicht beschieden gewesen. Dazu war der Kampf um die Existenz in dem unwirtlichen Klima zu hart, die Zeit der Entwicklung zu kurz. Trotzdem aber lassen die erhalten gebliebenen Leberreste der nordischen Literatur sowohl als auch die Tatsache, daß die germanisch-skandinavische Poesie der alten Zeit sich ein besonderes Vermaß, den Stabreim, geschaffen hatte, darauf schließen, daß der vorgeschichtliche Norden ein reiches geistiges Leben besaß.

Vieles von den Literaturschätzen der alten Nordmänner ging verloren, weil die Buchstabenchrift nur in geringem Umfange verbreitet war, als das Christentum in ihre Länder eindrang. Die Kenntnis der Runen, die unseren Buchstaben entsprachen, lag meist nur in den Händen der Priester. Zudem, worauf schreiben? Ägypten besaß seine Papyrusstauden, Rom sein Pergament, Babylonien formte Tontafeln, um seine Keilschriftzeichen darauf zu ritzen: dem alten Germanen fehlte dies alles. Man darf daher annehmen, daß die Zahl der geschriebenen Manuskripte bei ihm stets ganz winzig gewesen ist. In der Hauptsache lebten die Dichtungen und Sagen durch mündliche Ueberlieferungen fort. In diese Entwicklungsstufe hinein drang das Christentum als fertige Macht. Nicht zaghaft, geziert mit der Märtyrerkrone, wie im alten Rom — nein, gewaltsam, das Schwert in der Faust, bahnte es sich seinen Weg. Jener Karl der Große, der die Friesen zum Christentum „bekehrte“, der an einem Tage fünftausend heidnische Sachsen niedermachen ließ, flüchtete uns, wie in jenen Zeiten christianisiert wurde. Mit den Heiligtümern der Germanen, mit ihren Priestern und Skalden sanken auch die alten Gesänge ins Grab.

Einiges entging trotzdem der Vernichtung. Auf Island fand um das Jahr 1643 herum der Bischof von Stalholt, Brynjolf Sveinson, einen alten Pergamentfodder, dem er den Namen (Edda*) gab. Diese Sammlung enthielt in poetischer Form die ältesten Sagen der Nordmänner. Die Schrift ließ vermuten, daß die Gedichte am Anfange des vierzehnten Jahrhunderts niedergeschrieben seien; die Form wies auf die Staldepoesie des zehnten und elften Jahrhunderts, der Inhalt selbst auf viel frühere Zeit hin. Die Sagen der Edda sind indessen nicht auf Island entstanden — ein Teil von ihnen ist geradezu nur rein deutsch — sondern durch flüchtende norwegische Familien nach der wogenumbrandeten Insel im Eismeer gerettet worden. Besiedelt wurde Island im Jahre 874, während das Christentum erst annähernd zweihundert Jahre später dorthin kam.

Der Inhalt der Edda gliedert sich in zwei Teile: Götter- und Heidenlieder. Der erste Teil enthält, allerdings arg verstümmelt, die Mythologie der alten germanischen Völker, der andere die Wielandsage und die Sagen von den Wälfungen und Nibelungen

und von König Frode. Beide Teile sind durch eine Sammlung von Lehrgedichten — Hávamál, Lied des Hohen — verbunden. Später ist dann die von Sveinson aufgefundenene Sammlung durch einige Dichtungen der sogenannten jüngeren Edda ergänzt worden.

Es wäre zu wünschen, daß es einmal einem unserer Genossen vergönnt sein möchte, diese alten Kulturdenkmäler im Urtext zu lesen und auf ihren sozialen Inhalt hin zu werten. Lassen doch schon die von bürgerlichen Gelehrten ins Deutsche übertragenen Ausgaben der Edda klar erkennen, daß es in jenen fernen Tagen, vor zwei Jahrtausenden oder mehr, bereits Klassen gab, die einander schroff gegenüberstanden. Da behandelt zum Beispiel ein Gedicht in den Götterliedern die Entstehung der Skandinavien. Heimdal, der Wächter Walhalls, kommt zu den Menschen. Er trifft ein Häuschen und drinnen hocken am Herdfeuer zwei Alte im ärmlichen Kleid: Ahn und Ahne. Heimdal teilt drei Tage und Nächte mit ihnen Tisch und Bett:

Nun vergingen neun der Monde, und Ahne bekam ein kohlschwarz Kind; sie nehmens mit Wasser und nannten es Knecht. Zu wachsen begann es und wohl zu gedeihen, doch runz'lige Haut behielt's an den Händen, krumm war der Rücken ihm, knotig die Flügel, breit seine Fersen, ein Fraß sein Gesicht. Arbeit kriegt er, die Kräfte zu üben im Bastbinden und Bürdenhäufen, im Reifiggehepp den geschlagenen Tag.

Da humpelte Eine mal in ihren Hof mit wunden Sohlen, versengten Armen, gedrückter Nase, Dirne genannt. Bald war die Mitte der Bank ihr gerückt, zur Seite rückte der Sohn des Hauses; da plauschten und lauschten und lagerten sie, als das Dunkel gekommen war, Knecht und Dirne.

Sie haupften targend und hatten Kinder,

Daher stammt der Stand der Knechte.

Heimdal ist währenddem weiter gezogen. Vieles trifft er auf ein Haus. Letti und Emma wohnen hier. Die Bewirtung ist reichlicher und besser als bei Ahn und Ahne. Wieder teilt Heimdal mit seinen Wirten drei Tage Lagerstatt und Nachtzeit. Nach neun Monaten bekommt Emma ein kräftiges Kind. Das trägt indessen nicht die Merkmale der Fröigkeit an seinem Leibe. Sie nennen es Bauer. Ihm fährt die Braut schon geschmückt und die Schlüssel am Gürtel in den Hof.

Sie teilten mitkommen Bekk und Lager und haupften verehlicht im eigenen Heim.

Daher stammt der Stand der Bauern.

Auf seinem ferneren Wege trifft Heimdal einen Saal*). Die Zweie trinken — Vater und Mutter gegeben — tänzeln nur mit einander. Mutter trägt Besämeide, hat eine Schleppe am farbigen Gewand und ihr Bufen und Raden besetzt an Weiße den blendenden Schnee. Den Tisch ziert ein Eimmentuch; silberne Schüsseln enthalten Braten und Geflügel, die Kannen Wein. Und abermals gesellt sich Heimdal, der sich auf seinen Fahrten Iring nennt, drei Nächte zu seinen Gastgebern. Neun Monate, nachdem er sie verlassen, bringt Mutter ein kräftiges Kind zur Welt. Das wird

— — — in seibene hemden gehüllt und Herr genannt.

*) Bedeutet soviel als Schloß.

Als der junge Herr aufwächst, lernt er den Schild schwingen, den Speer lenken und die Hunde heßen.

Und einst aus dem Walde kam Iring gewandert, Iring gewandert, weiße zu roten, gab seinen Namen ihm, nannt ihn Soho und trieb ihn zu trachten nach trefflichem Eigen, trefflichem Eigen und altem Besitz. Da ritt er von dannen auf dunklem Pfade durch schneeiges Bergland bis an ein Schloß. Dort schwang er den Speer und den schützenden Schild und das blühende Schwert auf dem bäumenden Pferd; und der Kampf ward erweckt und die Wiese gerötet, die Feinde gefällt und erschoten das Land.

In achtzehn Burgen gebot er einzig, besetzte die Seinen mit Schänen reich; mit schmutzem Geschmeide und schlanen Rosen, geteilten Reifen und Ringen von Gold. — Dann schied er auch Edle über die See bis zur Halle, die Herse'n erbaute war; da sollten sie Erna, die sinnige, sichte schlanggeürtele Schöne schaun. Sie freiten und holten sie heim dem Fräulein; der kanens Schleier umschlang die Braut.

Die Fräulein zusammen ehn seltsames Leben, mit vielen Nachkommen, volles Genuß:

Daher kommt der Stand der Edlen.

„Neuheit und rauben“ was also auch damals schon beim Schande, wenn es die Herren trieben. Die Verteidiger der gegenwärtigen Ordnung, die dem Volke predigen: „Wer Knecht soll Knecht bleiben!“ können aus dem angeführten Gedicht erkennen, daß es bereits lange vor ihnen servile Kreaturen gab, die die soziale Ungleichheit als von Göttern gewollt darstellten. Die Klassenscheidung jener Tage erstreckt sich bereits schon auf die Götter. Das beweist eine andere Dichtung der Edda, betitelt: Ein Götterzank. Thor, der Donnergott, kehrt von einer Ausfahrt heim. Auf der andern Seite eines Sundes, den er passieren muß, liegt der Fährmann am Ufer. Thor bietet ihm von seiner — das Gottes — LieblingsSpeise: Heringe und Habermus, wenn er ihn hindüberfähre. Der Fährmann jedoch, der in Wirklichkeit Odin, der oberste der Walhallgötter ist, höhnt ihn und wirft ihm vor, daß er barfuß gehe, Strolche und Pferdebediehe dürfe er nicht fahren. Thor wäre überhaupt nur ein Golt für Bettler. Nun rühmt sich Thor seiner Kämpfe gegen die Götter und jagt vor sich, daß er den Menschen helfe, das Land urbar machen. Odin prahlt als echter Vertreter des Adels mit seinen Liebschaften: „Bei sieben Schwörern schließ ich so und besaß sie mit Seele und Leib!“ In dem Streit zieht schließlich der Proletariergott den kürzeren.

„Woht kannt ich das Kriegskleid, das kam in die Welt, seit Goldes-Waffe die Götter zueft in Streitwaters Halle stießen und schmolzen und dreimal brannten die dreimal Geborne, wohin sie zu Haus kommt, heißt man sie „Gut“. Der Zauberin werden zahm die Wölfe; mit Wunderkräften und Wunderkünsten ist sie bei Irgen immer geehrt.

Nun würgen sich Brüder und werden zu Wärdern: Geschwister finnen auf Sippenwerber; Die Gründe erschäcker, der Biergeist siegt: kein einziger Mann will des andern Schonen.“

*) Edda = Urgroßmutter.

In Langfuhr aufgeführt wird. Freireorganisierte Mauer- und Bauarbeiter werden dort stets abgewiesen. Christliche, die eine Beschneidung vom Zeitrumsverband norzeigen, werden jedoch ohne weiteres eingestuft. Freie Verbändler, die unter dem bekannten sanften Druck nicht zu den Schwarzen übertraten, werden gezwungen, die Arbeitsscheu zu verlassen. Der evangelische Zeitrumsagitator Beuter ist sehr häufig auf dem Bauplatz zu sehen.

Das ist edle und „tolerante“ Christenarbeit. Um die Aushungerung der freien Verbändler überall durchsetzen zu können, ist augenscheinlich auch die Denunziation des schwarzen Blattes begangen.

Die nutze Danziger Presse. Es ist eine in den weitesten Kreisen des Danziger Publikums bekannte und oft belagerte Tatsache, daß unsere Posteinrichtungen alles andere als großartig sind. Nicht nur, daß die Räumlichkeiten zu klein sind — man sehe sich das an, was sich auf dem Hauptbahnhof unter dem Namen „Post“ präsentiert — auch die Bestellung der Postsendungen läßt zu wünschen! Viel zu wünschen! Die innere Stadt hat nur vier Briefbestellungen. Früher waren es einmal fünf. Aber da die übrige Welt vorwärts geht, wollte die Danziger Postdirektion etwas Apartes haben und schaffte zur Bequemlichkeit des Publikums die eine Briefbestellung ab. In dem bedeutend kleineren Elbing beginnt die Morgenzustellung der Briefe um 7 Uhr. In Danzig fängt man damit um 8 Uhr an und wer besonderes „Glück“ hat, kann als Bewohner des Dominikswalles oder des Poggengrubes seine ersten Briefe vormittags um halb zehn erhalten. Schlimmer noch liegen die Dinge in Mischotland, das seit vielen Jahren zur Stadt gehört und sich unmittelsbar an sie anschließt. Mischotland erhält täglich nur dreimal Briefe und die erste Bestellung erfolgt vormittags in der Zeit von 10 bis 11 Uhr. Daß unter diesem Zustande die wirtschaftliche Entwicklung des Stadtteiles schwer leiden muß, ist ja einleuchtend, daß wir uns eine nähere Begründung mit Recht sparen dürfen.

Die unhaltbaren Verhältnisse haben des öfteren kritischen Betroffenen hervorgerufen. Böllig versagt hat aber der Vertreter Danzigs im Reichstage. Weinhausen fand bisher kein Wort, um den Staatssekretär an seine Pflicht zu mahnen. Auch die bürgerliche Presse erwähnt den besseren Teil der Tapferkeit. Kommt ab und zu einer ihrer Leser, der ob den Dingen zu ungemächlich wird, so kann er sein Herz auf der Eisenbahn des „Eingefandts“ ausschütten, wie die Danziger Zeitung das in ihrer Sonntagsausgabe mit der Aufschrift eines Kaufmanns macht. „Nur nicht bei den Behörden anstoßen“ ist oberster Grundsatz der übrigen Pressen. Das Publikum kommt eben für diese Sorte Menschen nur als Abonnent und Inserent in Betracht.

Die Früchte einer Submission. Zur Zeit werden an der Hochschule Halbe Allee größere Umbauten ausgeführt. Die Arbeiten sind bei der Submission dem Mindestfordernden Herrn Regierungsbaumeister Dr. Ing. A. Abraham übertragen. Daß in solchen Fällen das Treibersystem einsehen muß, ist leicht erklärlich. Naturgemäß werden die Arbeiter durch die Treiberei des Poliers und des Unternehmers dervort beeinflusst, daß die Ausführung der Arbeit darunter leidet.

Ein Beweis dafür bietet der Einsturz einer zirka 12 m hohen gewölbten Decke. Als die vor 14 Tagen eingewölbte Decke von Arbeitern ausgeschalt wurde, stürzte sie ein. Nur dem Zufall ist es zu danken, daß die beiden Arbeiter unversehrt davon kamen. Wären sie von den Steinmassen verschüttet, so würden sie heute Krüppel sein oder auf dem Kirchhof liegen. Müssen öffentliche Bauten so ausgeführt werden?

Gefundene Leiche. Wir berichteten darüber, daß in der Nacht zum 28. September an der Reitergasse eine weibliche Person in die Motlau fiel. Die Leiche ist jetzt gefunden und als die des Dienstmädchens Charlotte Krüger festgestellt worden.

Eine zweite Leiche trieb Dienstag morgen an der Achsbrücke auf. Arbeiter zogen sie aus dem Wasser und riefen die Polizei herbei. Es handelt sich in diesem Falle um einen Mann von etwa 40 Jahren, der seiner Kleidung nach zu urteilen, nicht in allzu günstigen Verhältnissen gelebt haben dürfte. Diese Leiche muß schon einige Wochen im Wasser gelegen haben.

Zu Tode gestürzt. In Neufahrwasser fiel am Sonnabend ein Arbeiter in seiner Behausung eine Treppe hinunter. Er brach den Schädel und starb auf der Stelle.

Eine aufregende Szene gab es Dienstag morgen auf dem Petershäger Bahnübergang. Ein Bestirper vom Lande wollte diesen mit einem leichten Fuhrwerk passieren. Das Pferd scheute und ging durch, kam dann aber auf der eisernen Brücke zu Fall und vermochte sich nicht wieder zu erheben. Einige Arbeiter brachten nach längerem Bemühen das Tier schließlich auf die Beine.

Elbing-Marienburg.

Alkoholismus und Armenpflege.

Es ist bekannt, daß Alkoholismus und Armenpflege in einem gewissen Zusammenhange zu einander stehen. Dieser Zusammenhang wird in Bremen alljährlich statistisch festgestellt. Jetzt gibt die Armenpflege der Stadt Bremen die Ermittlungen wegen des Einflusses des Alkoholismus auf die Verhältnisse der Armenpflege im Jahre 1912 bekannt. Das Ergebnis ist folgendes: Die Fälle, in denen Trunksucht mit Bewußtsein als Ursache der Verarmung bezeichnet werden konnte; waren 392 (339 männliche, 53 weibliche) und 970 Mithunterstützte, Fälle in denen nur der Verdacht bestand, daß die Hilfsbedürftigkeit durch Trunksucht verurteilt war: 116 (102 männliche, 14 weibliche) und 393 Mithunterstützte; Fälle, in denen Trunksucht als Ursache bekannt war, aber noch andere Ursachen (Krankheit, Invalidität usw.) zur Hilfsbedürftigkeit beitrugen: 336 (287 männliche, 49 weibliche) und 844 Mithunterstützte. Insgesamt wurden von der Armenpflege 6204 Armenparteien unterstützt, davon 844 infolge Trunksucht — 13,6 Prozent. Die Gesamtunterstützungen haben betragen 1 633 453 Mark, davon infolge von Trunksucht 272 181 Mark = 16,7 Prozent. Für die offene Armenpflege wurden aufgewandt 620 368 Mark, davon infolge von Trunksucht 139 766 Mark = 22,5 Prozent.

Wie in Bremen liegen die Verhältnisse überall. Große Summen werden in den deutschen Städten alljährlich hingegeben, um denen zu helfen, die durch den Alkoholismus verarmt sind. Man sollte meinen, daß es doch praktischer wäre, diese Summen für vorbeugende Maßnahmen auszugeben. Aber die Ausgaben der Gemeinden für prophylaktische (vorbeugende) Alkoholismusbekämpfung sind durchweg noch recht gering. Einige größere Städte, so Nachen, Bremen, Kassel, Essen, Frankfurt a. M., Leipzig, geben regelmäßig größere Beträge für alkoholgegnere Vereine und zur Unterstützung von Trinkerfürsorgestellen. Das ist aber auch alles. Eine systematische kommunale Alkoholbekämpfung fehlt bis jetzt in all unseren deutschen Städten. Neben der aufklärerischen Tätigkeit gehört hierher die Errichtung alkoholfreier kommunaler Wirtschaften sowie die Errichtung von Milchhäuschen und Kaffeestuben in kommunaler Regie. Aber gerade hierin ist man überall lässig. Statt dessen gibt man lieber jährlich Tausende für die Armenpflege aus.

Aber die Wohnungsnot in Elbing lesen wir in der Elbinger Zeitung:

Hauptsächlich sind es, wie immer wieder festgestellt wird, Familien mit reichlichem Kinderbesatz, gegen deren Aufnahme die Hausbesitzer sich sträuben. Die von der Stadt zur Linderung der Wohnungsnot getroffenen Maßnahmen: Erbauung von Wohnbaracken auf den Hofwiesen, Einrichtung von Wohnungen im Magazingebäude und in der früher Bertow'schen Wollfabrik in der Burgstraße, haben sich bisher nicht als ausreichend erwiesen. Da auch die Schönhof'schen Neubauten am Marienburgerdamm am 1. Oktober noch nicht bezugsfähig sind, hatte sich der Magistrat an die Messinwerke mit dem Ersuchen gewandt, die leerstehenden Fabrikgebäude zur Einrichtung von Wohnungen herzugeben, was die Direktion der Werke aber abgelehnt hat. Zum 1. Oktober hatten sich gegen 30 Familien mit rund 200 Köpfen als mahnungslos gemeldet. Es blieb der Stadtverwaltung daher nichts anderes übrig, als wieder auf den Vorbehalt der Unterbringung der wohnungslosen Familien in der alten Turnhalle am Marienburgerdamm zurückzugreifen, wo im Laufe des Vormittags 28 Familien, aus 173 Köpfen bestehend, ihren Einzug hielten. Bis auf einen verschwindenden Rest setzten sich diese wohnungslosen Familien aus patriotischen Mietszahlern zusammen, deren ganzes Unglück nur ist, daß sie bis zu acht Kinder haben. Die Stadtverwaltung ist der Ansicht, daß die jetzige Wohnungsnot im Laufe der nächsten 14 Tage behoben werden kann, da man in den Neubauten der Firma Schönhof gegen 50 Wohnungen bezugsfähig sein werden, wodurch wieder Mietsräume für die in der Turnhalle untergebrachten Familien frei werden, so daß die Halle dann ihrem eigentlichen Zweck wieder zurückgegeben werden kann.

Für wie lange ist wieder der Wohnungsnot abgeholfen, wenn die Schönhofhäuser bezugsfähig sind? Künftigen April ist die alte Not da. Denn die Industrie wird sich auch in Zukunft weiter ausdehnen und neue Arbeiterjahrgänge nach Elbing locken. Die Stadt aber drückt sich weiter um ihre sozialen Pflichten herum.

Der Verwaltungsbericht der Stadt Elbing ist nach dreijähriger Pause wieder einmal erschienen und kann im Rathaus, so lange der Vorrat reicht, unentgeltlich in Empfang genommen werden. Früher einmal erstattete der Magistrat seinen Bericht jährlich. Was dann aber die Arbeiterschaft für ihn zu interessieren begann, sollte der Bericht aller zwei Jahre herausgegeben werden. Jetzt ist man schon bis zu dreien gelangt. Gott wird weiter helfen, daß es auch dabei nicht bleibt und daß die Berichte schließlich nur aller zehn oder zwanzig Jahre einmal herauskommen.

Der neue Bürgermeister. Der Stadtrat Jänicke aus Potsdam wurde mit 29 von 52 abgegebenen Stimmen zum zweiten Bürgermeister von Elbing gewählt. Jänicke hatte sich auch um die Stadtratsstelle in Königsberg beworben.

Ein Gewitter hat in unserer Gegend großen Schaden angerichtet. Auf dem Neustädterfeld bei Elbing fuhr der Blitz in die Scheune des Besitzers Baltzkowski. Wohnhaus, Stall und Scheune brannten bis auf die Grundmauern nieder. In Wolfsdorfs-Höhe vernichtete ein durch Blitzschlag hervorgerufenes Feuer das Gehöft des Herrn Häse. Fünf wertvolle Pferde würden hier vom Blitz erschlagen. In Meislstein brannten Scheune und Stallung des Besitzers Schmidt nieder. Drei Pferde und siebzehn Schweine kamen in den Flammen um. Nicht viel besser ging es im Kreise Marienburg zu. In Stobendorf zündete der Blitz das Wohngebäude des Schäfers Porsch an. An Rettung war nicht zu denken. Ein anderer Schlag fuhr in Fürstenwerder in die Dampfmühle der Entwässerungsgenossenschaft. Herbeieilenden Arbeitern gelang es, dieses Feuer zu löschen.

Nur immer hübsch systematisch! In der Nummer 80 des Marienburger Kreisblattes (4. Oktober 1913) lesen wir:

Marienburg, den 30. September 1913.
Im nächsten Amtsblatt gelangt eine **Verichtigung** des einen **Schreibfehler** enthaltenden § 12 Absatz 1 der Polizeiverordnung vom 7. Juli d. Js. betreffend Anlage, Bau und Einrichtung von Krankenanstalten (Amtsblatt Nr. 29 Seite 233) zum Abdruck.

Es ist sehr nett, daß der Herr Landrat solchergestalt seine Untertanen auf die Druckfehlerberichtigung vorbereitet. Da jedoch jedes respektable Tier nicht nur einen Kopf sondern auch einen Schwanz hat, erhalten hoffentlich die glücklichen Einwohner der Marienburger Gegend nach der Beseitigung des vertrackten Fehlers die amüßige Mitteilung, daß er glücklich um die Ecke gebracht ist.

Danzig-Vand.

Eine ungeheuerliche Ausdehnung der Militärdienstpflicht wäre man berechtigt, zu vermuten, wenn man nachstehende Karte liest, die ein günstiger Wind auf unseren Schreibtisch wehte:

Steege, den 4. September 1913.
Auf Veranlassung des königlichen Bezirks-Kommandos sollen die zum Herbst eintretenden Rekruten schon vorher über den Heeresdienst unterrichtet werden, damit ihnen der Dienst naher leichter wird. Der Kriegerverein will sich dieser Aufgabe unterziehen, und werden Sie hierdurch ersucht, sich Sonntag, den 7. d. Mts. nachmittags 2 Uhr im neuen Schulhaus in Stutthof einzufinden, welches uns die Gemeinde in Ermangelung eines anderen passenden Lokals zur Verfügung gestellt hat.
Der Vorsitzende
Lenfer.

(Stempel.)
Deutscher Krieger-Verein An den ... in Stutthof, Danz. Nied. der Danziger Niederung.

Wir glauben, daß von dem Kriegerverein mit dem Namen des königlichen Bezirks-Kommandos ohne dessen Wissen ein ganz unversämter Mißbrauch getrieben worden ist. Selbstverständlich braucht niemand von den künftigen Vaterlandsverteidigern der Aufforderung zu folgen.

In Steege tagte eine von fast allen Mitgliedern besuchte Parteiversammlung Sonntag, den 5. Oktober, beim Genossen Gäßke. Als Referent war Genosse Julius Behl erschienen. In etwa einstündiger Rede besprach der Redner die Verhandlungen des Jenaer Parteitages, mit dessen Beschlüssen die Versammlung sich einverstanden erklärte. Die Versammlung war sich darüber einig, daß nur durch unablässige Agitation für die Partei und die Volkswacht Erfolge erzielt werden können. Die Anwesenden versprachen in diesem Sinne zu wirken.

Die Versammlung in **Prinzloff** mußte leider ausfallen, weil nur sechs Mitglieder erschienen waren. Die Genossen werden sich tun, sich im Interesse der Partei etwas mehr zu regen. Gleichgültigkeit tötet und Interesslosigkeit hat noch nie dazu geführt, eine Bewegung vorwärts zu bringen. Das sollten sich alle merken, die es angeht. Auch an anderen Orten.

Der Schnaps. In betrunkenem Zustande hat der Arbeiter Wener aus Marssee bei dem Besitzer Wlithowski in Neudorf skandalisiert und einige Fensterscheiben zertrümmert. Das Schöffengericht in Marienwerder verurteilte Wener dafür zu zwei Monaten Gefängnis. Das Urteil fand dieser Tage die Bestätigung der Graudenger Strafkammer.

Über einen tödlichen Unfall bei der Überlandzentrale

Pelplin wird uns geschrieben:
Ein Monteur erhielt vom Ingenieur den Auftrag, an der oberen Leitung etwas in Ordnung zu bringen, er, der Ingenieur, würde auf 15 Minuten die Stromleitung abstellen, in welcher Zeit der Monteur mit der Arbeit fertig sein wollte. Der Ingenieur beauftragte einen zweiten mit der Einschaltung. Da für gewöhnlich die Ausschaltung nicht länger als zehn Minuten währen darf, schaltete ein dritter den Strom ein, worauf der oben an der Leitung arbeitende Monteur tot zu Boden stürzte. Der Ingenieur bekennt sich als schuldig.

Falls der Betübete eine Frau und Kinder hinterläßt, wer sorgt dann für die Witwe und die Waisen? Über den Ingenieur wollen wir den Stab nicht brechen, aber es ist jedenfalls seine Pflicht und Schuldigkeit, so lange bei der lebensgefährlichen Arbeit zu verweilen, bis diese beendet ist. Zumal sie nur fünfzehn Minuten dauerte. Wieder ein Opfer auf dem Felde der Arbeit!

Graudenz-Strasburg.

Der christliche Sturm gegen die „rote“ Mauer.

Im Tiolkfaal hielt Sonntag nachmittag der christliche Arbeitersekretär Galkowski einen Vortrag über die Krankenkassenwohlfahrt. Die Versammlung, die von Frauen, Männern und Kindern besucht war, leitete der evangelische Pfarrer Jakob unter dem Namen des „Sozialen Ausschusses“. Galkowski warf mit Häfen von Millionen Mark um sich, die das Versicherungsgesetz den Arbeitern bringe. Nur die roten Körper bezeichneten es als eine Bettelkuppe, und hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, die rote Mauer, wie Galkowski uns benannte, ging er zu Felde. Er behauptete, die roten Genossen hätten früher die Krankentaxe zur Parteilagerung ausgenutzt. Es wären tausende sozialdemokratische Agitatoren, die aus den Krankentaxen bezahlt würden. Denn wo die roten Genossen die Mehrheit besäßen, würde nicht gefragt, ob der Agitierende befähigt sei, wenn er nur ein roter Agitator wäre. Galkowski meinte, ob die Christlichen Horowajen sind, denen nur die Hörner fehlen, daß sie die Posten nicht besetzen könnten. Er führte zwei Fälle an, einen von Offenbach und einen aus Witten. Den Frauen erzählte er etwas vom Frauenwahlrecht. Sie brachten es nicht zu erobern, wie in England, wo die Frauen die Schlösser in die Luft sprengten. Die Frauen sollten keine Angst haben vor den Betteln der roten Genossen, sondern diese ruhig in die Tasche stecken und die christlichen ins Auweil. Am Wahltage sollten sie Sonntag vormittag die religiöse Pflicht erfüllen und kein Mittag machen. Nur einen Pott Buttermilch dem Manne geben und dann feste agitieren. In Danzig hätten die Frauen wie die Löwen gekämpft; trotzdem sie die roten Genossen mit den schmutzigen Redensarten belästigten. Ferner bekam der rote Genosse Schutz aus Elbing sein Fett. Der sollte in einer Versammlung zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert haben und 53 wären ihm gefolgt. (Hu, hu, wie Thron und Altar wackeln!) Zum Schluß kam das seligmachende dreimalige Kaiserhoch. Es war eine echt christliche Versammlung, wo die glistigen Weile aus dem Hinterhalte abgeholfen wurden. Um den Ausführungen des Galkowski weiteren Nachdruck zu geben, wurde im Saale ein Schwindelzugblatt des sozialistischen Ausschusses verteilt.

Der Kampf ist nun also auch in Graudenz entbrannt. Hoffentlich sorgen die Graudenger Arbeiter dafür, daß der „Ausschuß“ in Graudenz die gleichen sauren Trauben findet, wie in Danzig. Unsere Freunde werden einen Kampf zu befechten haben, wie nie zuvor. Das mögen sie sich gesagt sein lassen. Und sie müssen auch damit rechnen, daß man sie mit den widerwärtigsten Mitteln bekämpfen wird. Ein kleines Zeitstück bietet eine Völgengeschichte, die gegen den Vorsitzenden der Graudenger Kasse gerichtet ist. Dieser soll ein Schreiben an die Unternehmer gerichtet haben, in dem er sie aufforderte, keine Invaliden und keine über 40 Jahre alte Arbeiter einzustellen. Die Kasse würde dadurch zu sehr belastet. Contentuell sollten die Betreffenden eine Erklärung unterzeichnen, daß sie nicht Mitglied der Kasse werden wollten. Galkowski behauptet, das Original dieses Schreibens in seinem Besitz zu haben. Jedenfalls nimmt der Vorstand der Graudenger Ortskrankenkasse wohl Veranlassung, dem Herrn Galkowski auf den Leib zu rücken und sich das „Original“ etwas näher anzusehen.

Die Vorbereitungen zur Graudenger Stadtverordnetenwahl sind bereits im Gange. Eine Versammlung nahm dazu Stellung und stellte die Kandidaten auf. Zu wählen sind vier Stadtverordnete, davon müssen zwei Hausbesitzer sein. Aufgestellt wurden folgende Genossen: **Robert Lauer**, Gastwirt; **Julius Rohland**, Kassenführer; **Schmidt**, Bäckermeister und **Herzberg**, Hausbesitzer. — Vorher hielt Genosse Behl einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den Jenaer Parteitag. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Als Vorsitzender des Bildungsausschusses fungiert Genosse Dietrich Koop.

Thorn-Kulm-Briefen.

Verurteilter Beamter. Vor der Thorer Strafkammer mußte sich der seit Mitte Juli in Untersuchungshaft befindliche Amtsgerichtssekretär Tunkel wegen Unterschlagung im Amte und Betruges verantworten. Das Gericht kam zu einem Schuldig und verhängte gegen Tunkel zehn Monate Gefängnis. Außerdem wurde ihm für ein Jahr die Fähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes aberkannt.

Der Untersuchungsrichter am Thorer Gericht ordnete die Verhaftung des Molkereibesitzers Wladislaus Sendlowski an. Er wird des Kontursverbrechens und des Meineides beschuldigt.

Schönhof-Flatow.

Das Dorf Polnisch Wisniewke im Kreise Flatow hat einen anderen Namen erhalten. Es heißt jetzt Lugetal.

Literatur.

„Weiter-Jugend.“ Die Nr. 20 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: 100 000 Monetten! — Regierung und Verwaltung in den deutschen Kleinstaat. — Die Schlacht bei Rahlhausen. Von E. Reinhard Müller. — Wie entsteht der Wind? Von Hans Bourquin (mit Abbildungen). — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz usw.
B e i l a g e: Der Sohn des Waldes. Erzählung von R. Kippling. — Der große Wind zu Weipenberg. Gedicht von Jul. Sturm. — Die Familie im Wandel der Zeiten. Von O. Jenßen. — Die Technik des Malens. Von Adolf Bruns. — Vegetarische Kost. Bildnis von einem Gemälde von Carl Hartmann. — Wie ich als Junge August Bebel lieben lernte. Von Roland. — Wissenswertes von der Sprache. — Das Taschmesser. Erzählung von Fritz Müller. — Das Lied vom Jungdeutschland-Feldmarschall.

Der dritte Parteitag in Jena.

(Schluß.)

6. Verhandlungstag.

Vorj. Red. eröffnet die Sitzung um 8 Uhr. Es folgt der Punkt: **Wahl.**

Verständigung über: Die vorjährigen Verhandlungen über die Einführung des Tagelohnes waren durchaus nicht ergebnislos; die Zwischenschritte bei Abstimmung über die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses waren sogar geradezu deprimierend. Viele Genossen haben für die in Uebereinstimmung beschlossene Aufhebung des Nürnberger Beschlusses nur gestimmt, weil sie nachher eine besondere Regelung der Frage für die Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten vornehmen wollten; das war nicht möglich, doch wurden alle diesbezüglichen Entwürfe dem Parteivorstand überwieken. Wir schlagen Ihnen nunmehr vor, daß die Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten dem Tagelohn vom 1. Mai wieder abzuführen sollen. Erstredner wir den Kreis bereit, die den Tagesverdienst vom 1. Mai abzuführen sollen, weiter hinaus, so entstehen sofort die größten Schwierigkeiten. Jede Kontrollmöglichkeit fällt weg, und die Ausschüsse häufen sich. Alle hier in Betracht kommenden Angehörigen der Partei und Gewerkschaften müssen gern und freudig ihren Arbeitsverdienst vom 1. Mai abliefern. Auch die Generalkommission ist damit einverstanden, daß wir diese Maßregel zur Durchführung bringen. Jeden Widerstand gegen den Nürnberger Beschluß in dieser eingeschränkten Form müssen die Organisationen rücksichtslos brechen. Ein Partei- und Gewerkschaftsangelegter, der sich jetzt noch der Durchführung dieses Beschlusses widersetzt, würde damit einen solchen Mangel an Pflichtgefühl und Opferwilligkeit zeigen, daß er das Vertrauen der Parteigenossen nicht mehr verdient. (Zustimmung.) Man hat auch die Frage aufgeworfen, ob man nicht auf dem nächstjährigen Wiener Internationalen Sozialistenkongress die Arbeitsruhe am 1. Mai erneut zur Debatte stellen soll. Die Arbeitsruhe am 1. Mai muß nach dem einstimmigen Urteil des Parteivorstandes in ihrer gegenwärtigen Form aufrecht erhalten werden. Auch die deutsche Delegation in Wien wird sicherlich diesen Standpunkt teilen. Die Maidemonstration in ihrer jetzigen Form ist hervorragend geeignet, in den Massen Mut und Begeisterung zu wecken. Wir demonstrieren an diesem Tage nicht nur für den Achtstundentag, sondern auch gegen den kulturfeindlichen Militarismus und den männer-mordenden Krieg, gegen die Befähigung des Koalitionsrechts; gegen den Stillstand der Sozialreform und die Verweigerung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Aus alledem muß der Gedanke der Waise wieder neue Kraft gewinnen. Eine Abwächung der Waise gerade in der gegenwärtigen Situation würde ein Zurückweichen sein, das die Massen nicht verstehen. (Sehr gut!) Den Treibern der Rüstungsbesetzung und Schatzmacher muß sich steigender Hauch die Massenaktion des Proletariats entgegenstellen. (Beifall.)

In der Diskussion erhält das Wort **Klinger-Berlin:** Die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ist von den Arbeitern als Faustschlag gegen die Beamten empfunden worden. Wir verlangen seine Wiederherstellung. Die Genossen in bevorzugten Stellungen können für die gemäßigten Opfer des 1. Mai wohl ein kleines Opfer bringen.

Fischer-Hannover: Machen wir doch endlich Schluß mit einem Buche, in dem nichts Schönes verzeichnet steht! Die Waise genannt durch die Abführung des Tagesverdienstes wirklich nichts. Entweder sehen wir uns endlich mit voller Kraft für die Arbeitsruhe ein oder wir verzichten endgültig darauf.

Große-Hamburg: Wir müssen die teilweise nicht erheblichen Aufwendungen für die Gemäßigten des 1. Mai doch irgendwie decken. Dazu ist es nötig, daß alle Angestellten ihren Tagesverdienst vom 1. Mai abführen. In Hamburg haben wir damit nie Schwierigkeiten gehabt.

Ein Schlußantrag von Auer-München findet mit großer Mehrheit Annahme.

In seinem Schlußwort betont Ebert nochmals, daß die Generalkommission mit dem Antrage des Parteivorstandes einverstanden ist. Die Waise müssen natürlich noch andere Einnahmequellen haben als bloß die Tagelöhne der Angestellten.

Unter Ablehnung aller Anträge wird der Antrag des Parteivorstandes, daß Partei- und Gewerkschaftsangelegte ihren Tagelohn vom 1. Mai abzuführen sollen, mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt der Bericht der **Bekleidungskommission.** Nach der Erledigung einiger Streitfragen steht dann der Antrag des Parteivorstandes zur Debatte.

Es folgt die Beratung des Antrages des Parteivorstandes, die **Eingangsverordnungen mit der P. P. S. (Polnische Sozialistische Partei) aufzuheben.**

Braun (Parteiortstand): Wir haben schon zahlreiche Plenardebatten auf unserem Parteitage gehabt. Seit 1906 haben wir die P. P. S. regelmäßig unterstützt und insgesamt über 160 000 Mark an sie gegeben. Aber die Zwistigkeiten haben nicht aufgehört, und die Bewegung ist nicht vorwärts gegangen. Die polnischen Genossen sind sehr weit in die altpolnische Bewegung hineingeraten und haben dem Parteivorstand und der Generalkommission die ungerechtesten Vorwürfe gemacht. Die bürgerlichen polnischen Parteien können den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit den eigenen Worten der P. P. S. führen. Die Doppelorganisation ist nicht länger aufrecht zu erhalten. Die Zersplitterung ist daran schuld, daß wir in den polnischen Landesteilen nicht vorwärts kommen. Wir lehnen nach wie vor jeden Spaltungismus auf das entschiedenste ab, aber die polnischen Arbeiter gehören in unsere einheitliche Organisation hinein, genau wie die französischen Arbeiter in Elsaß-Lothringen, und die anderssprachigen Arbeiter in anderen Grenzgebieten. (Beifall.)

Katzstein-Berlin: Die polnischen Arbeiter sind noch ganz besonders ausgebeutet und unterdrückt. Deshalb sollten wir ihnen soweit wie möglich entgegenkommen und ihnen auch besondere Mandate im Reichstag und Landtag einräumen. Die P. P. S. hat gewiß viele schwere Fehler begangen, aber wenn wir zu einer gegenfeitigen Bekämpfung kommen, wird es noch schlimmer, wird noch mehr Geld zwecklos ausgegeben. Bessere Erfolge als in den polnischen Landesteilen haben wir auch im Saargebiet oder anderen Ländern zu beobachtenden Gegenstand. Die P. P. S. hat große Erfolge in Galizien erzielt; sie steht auch im härtesten Kampf gegen die bürgerlichen Sozialisten. Im Geiste der Internationale sollten wir den Antrag des Parteivorstandes ablehnen.

Höring-Beuthen: Die polnischen Arbeiter wollen gar keine Sonderorganisation. Aber auf dem Boden des Klassenkampfes steht, kommt zur Sozialdemokratie, und wer es nicht tut, kommt auch nicht zur P. P. S. Die freien Gewerkschaften haben in Oberschlesien 12 000 Mitglieder. Eine solche einheitliche Organisation wollen wir auch nicht, um zu germanisieren, sondern um wirksamer den Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren.

Lebebour-Berlin: Wenn wir jetzt die Gemeinschaft mit der P. P. S. aufheben, werden wir das größte Mißtrauen unter die polnischen Proletarier säen. Dann wird unsere Agitation noch weniger vermerkt werden als bisher.

Der Antrag des Parteivorstandes wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Anträge zur Organisation werden dem Parteivorstand und Parteiauschuß überwiesen. Abgelehnt wird der Antrag auf

Wiederannahme der Verhältnisse in die Partei. Ein Antrag Parteivorstandes will das Organisationsstatut dahin ändern, daß die Mitgliederrechte ruhen, sobald von einer Instanz auf Ausschluß erkannt ist.

Heimann-Chemnitz: Wird dieser Antrag angenommen, dann können zwei Mitglieder des in Sachen aus drei Personen bestehenden Parteivorstandes jedem Genossen die Ausübung eines Mandats oder anderer Ehrenrechte unmöglich machen. Das wäre kein rechtliches Ausschlußverfahren mehr, sondern ein Sündenrecht.

Müller (Parteiortstand): Die Parteivorstände haben sich bisher als durchaus objektiv erwiesen.

Der Antrag des Parteivorstandes wird angenommen.

Die Wahlen zur Parteileitung

haben folgendes Resultat ergeben: Abgegeben 473 Stimmzettel. Die absolute Mehrheit beträgt also 237. Zu Vorsitzenden sind gewählt: Haase mit 467 und Ebert mit 433 Stimmen. Zum Kassierer Braun mit 458 Stimmen. Als Sekretäre haben erhalten: Partei-Alttona 269, Gerlich 466, Dittmann-Frankfurt a. M. 211, Wolfenbühl 440, Hermann Müller 442, Mannkuch 468, Scheidemann 445, Luise Joch 450 Stimmen. Gewählt sind Parteileitung, Gerlich, Wolfenbühl, Hermann Müller, Scheidemann und Luise Joch. Als Beisitzer haben erhalten: Brühl 232, Wels 245, Bengels 430 Stimmen. Gewählt sind Wels und Bengels.

Bei der Wahl der Kontrollkommission haben erhalten: Bod 373, Drey 193, Brühne 436, Ernst 427, Bod 309, Geyer 247, Grünberg 156, Junges 247, Böbe 191, Sindermann 247, Stubbe 315, Timm 268, Alara Jettin 288 Stimmen. Zwischen Sindermann und Geyer hat das Los zugunsten Geyers entschieden. Die Kontrollkommission setzt sich also wie folgt zusammen: Bod, Brühne, Ernst, Bod, Geyer, Hengsbach, Stubbe, Timm, Alara Jettin. Die Kommission hat sich konstituiert und Bod zum 1., Brühne zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Die Zahl der Mitglieder des Zentralbildungsausschusses wird von 7 auf 9 erhöht. Gewählt sind vom Parteivorstand und Kontrollkommission: David-Mainz, Heimann-Berlin, Korn-Berlin, Laufenberg-Hamburg, Löbe-Breslau, Wehring-Berlin, Adolf Müller-München, Heinrich Schulz als Geschäftsführer und Alara Jettin.

Die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag wird dem Vorstand und Ausschuss überlassen. Der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages das Thema: Staat und Kirche zu setzen, wird gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Ein Antrag Grumbach, den nächsten Parteitag vor dem Internationalen Kongress in Wien stattfinden zu lassen, wird dem Vorstand und Ausschuss überwiesen.

Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.

Vorsitzender Ebert dankt den Jenaer Genossen für die freundliche Aufnahme und besonders für die prächtige Aufführung am Sonntag abend, den Kommissionsmitgliedern und den Vertretern der Presse für ihre fleißige Tätigkeit. Er wirft dann einen Rückblick auf die Verhandlungen des Parteitages: Der Parteitag hat fleißige und gute Arbeit geleistet. Der Tätigkeit der Parteileitung und der Reichstagsaktion ist zugestimmt worden. Beiden Körperschaften sind für ihre künftige Tätigkeit wichtige Anregungen gegeben worden, die weitgehende Berücksichtigung finden werden. Die überaus wichtige und sehr komplizierte Steuerfrage, die uns seit Jahren lebhaft beschäftigt, hat der Parteitag gründlich bearbeitet. Die fleißige Arbeit der Referenten ermöglichte eine ersprießliche Behandlung des Themas. Die angenommene Resolution hat die Richtlinien eines scharfen Klassenkampfes festgehalten und den Grundsatz proletarischer Steuerpolitik zum klaren Ausdruck gebracht. Die Entschließung des Parteitages wird bei der Agitation im Lande und bei der Tätigkeit unserer Vertreter in Reich, Bundesstaat und Gemeinde gute Dienste leisten. Mit der Behandlung der Arbeitslosenfürsorge hat der Parteitag eine Frage des Lebensinteresses für Hunderttausende von Arbeiterfamilien berührt. Die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise führt unvermeidlich zu Krisen, und die Wintermonate werden uns zweifellos noch eine Steigerung des Arbeitslosenselends bringen. Darum muß im ganzen Reich unverzüglich eine gewaltige Massenbewegung zur Durchsetzung der erhobenen Forderungen eingeleitet werden. In den hinter uns liegenden Jahren glänzender wirtschaftlicher Prosperität, die den Kapitalisten ungeheure Reichtümer gebracht hat, haben die herrschenden Klassen alle wirksamen Maßnahmen gegen die Ar-

beit werden, der mit unübersehbarer Macht die Herrschenden zu einer ernsthaften Arbeitslosenfürsorge zwingt. (Lebhafte Beifall.) Auch die Frage des Massenstreiks ist erneut erörtert worden. Ueber die Art des Kampfes und seiner Propagierung bestehen Meinungsverschiedenheiten, volle Einigkeit aber über das Ziel, zu dessen Erreichung, wenn andere Mittel versagen, eventuell der Massenstreik angewendet werden muß. Die Dreiklassenhande in Preußen muß beseitigt werden, koste es, was es wolle. (Lebhafte Beifall.) Unser Beschluß ist klar und unzweideutig auch für die, die in kurzfristiger Verbildung sich der Befestigung des Dreiklassenwahlrechts widersetzen. Wir alle sagen: entweder das freie Wahlrecht oder den Massenstreik. (Sehr gut!)

Unseren Gegnern hat diese Tagung recht bittere Enttäuschung gebracht. Sie sehen ihre Hoffnung nur noch auf die Selbstzerstückelung der Partei und hatten gerade an diesem Parteitag besondere Erwartungen geknüpft. Aber bei aller jactanten Schärfe ist der Meinungsstreit stets in gutem kameradschaftlichem Geiste geführt worden, und der entschiedene Wille zur Einheit und Geschlossenheit stärker als jemals zum Ausdruck gekommen. Nur die Zusammenfassung aller Kräfte kann dem Proletariat auch in Zukunft weitere Erfolge bringen. (Beifall.) Wenn wir uns jetzt anschicken, in die Heimat zurückzukehren, und jeder wieder auf seinen Posten geht, legen wir das aufrichtige Gelübnis ab, in aller Treue unsere beste Kraft einzusetzen für die Partei, für die Befreiung des Proletariats aus politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung. Dabei wird uns das glänzende Beispiel leiten, das uns unser unerschütterlicher Meister Bebel gegeben hat. (Lebhafte Beifall.) So derjenigen wir uns in dem alten Schloßstruß: die deutsche, internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegierten stimmen begeistert dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers der deutschen Arbeitermarzialhalse. — Vorsitzender Ebert: Der Parteitag ist geschlossen.

Aus dem christlichen Sumpf.

Auf die Enthüllungen, die der frühere Beamte des christlichen Textilarbeiterverbandes, Wilhelm Köhling, über die Korruption in dieser christlichen Organisation gemacht hat, schweigt sich der mit den stärksten Vorwürfen belastete Hauptvorsitzende des Verbandes, der Reichstagsabgeordnete Schiffer, noch immer beharrlich aus. Der Verband begnügt sich mit der außerordentlich dürftigen und doppeldeutigen Erklärung in der Abtischen Volkszeitung, daß die Enthüllungen „zum Teil vollständig unwarhaft, zum andern Teil demagogisch entstellt und nur eine Raubpartei“ seien. Ferner wird Köhling nachgelagt, er habe eine größere, dem Verbands gehörende Summe Geld unterschlagen.

Jetzt hat aber Köhling den Spleß umgedreht. Er veröffentlicht folgende Erklärung:

In der Zentrumsprelle wird behauptet, daß ich eine größere, dem Verbands gehörende Geldsumme unberechtigtweise für mich behalten und verwendet hätte. Das ist eine glatte Unwahrheit. Ich habe mit der Zentrale auf Heller und Pfennig abgerechnet. Ein Guthaben von 300 Mark, welches ich bei dem Vorstand des christlichen Verbandes in Rothau habe, hat sich der Verband zu übernehmen geweigert. Tatsache ist daher, daß ich nicht der Schuldner des Verbandes, sondern der Verband mein Schuldner ist.

Der Vorstand und der Vorsitzende des durch die Köhling'sche Broschüre bloßgestellten christlichen Textilarbeiterverbandes haben sich endlich entschrieben, zu klagen. —

Einstimmig faßt die Damenwelt das

Urteil

daß zur Erhaltung eines, rosigen, jugendfrischen und zarten Teints **Stieckenpferd-Lilienmilch-Seife** von Bergmann & Co., Maderstr. 2, St. 60 Pf., ein vorzügliches Mittel ist und dieselbe ein zartes, reines Gesicht erzeugt. Ferner macht **Cream „Dada“** (Lilienmilch-Cream) rote und spröde Haut in einer Nacht weich u. sammetweich. Tube 60 Pf.

Volks-Vorstellung

Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 3 Uhr im **Stadt-Theater.**

Zur Aufführung gelangt:

„Minna von Barnhelm“

Lustspiel in fünf Aufzügen von G. E. Lessing.

Der Preis der Billets beträgt auf allen Plätzen je 50 Pfennig. Eine literarische Einführung in das Stück wird gratis abgegeben. Die Billets sind zu haben in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32, bei Sellin, Zigarrengeschäft, Schiffsedamm 66, den Gewerkschaftsbureaus Dominikswall 8, Schiffsedamm 11 und Breitgasse 74.

Die nummerierten Galeriebillets werden für 20 Pfennig an die Abonnenten der Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“ abgegeben.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß.
J. A. Julius Gehl.

Zuverlässige Zeitungsausträgerin

für Bürgerweihen-Sandweg sofort gesucht. Zu melden

Expedition der Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

4. Bezirk Schidlitz.

Witglieder-Versammlung

bei Steppuhn, Schidlitz.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1913. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden um volljähriges Erscheinen ersucht.

Die Bezirksleitung.

Kredit

genügend
zu
Jahreszinsen
bei Einzahlung
von

Möbeln
—
Polsterwaren
—
—
—
Komplette Möbelsammlungen.

Bardrobe
für Herren, Damen und Kinder.

Abzahlung 1 Mk.
pro Woche an.
Freie Lieferung.

Das vorzuziehende Kreditbüro in
Danzig N.C. Pilsdo Nacht.

M. Grau,
Danzig, Holzmarkt 4
Verlangen Sie meinen Produktkatalog
Zusendung gratis und franko.